

KINDERSCHUTZ AKTUELL

KSA

4.21

In der Grundschule:
Reif fürs
DIGITALE!?

Moderne Medien sollen die Lernwelt von Kindern erweitern. Das geht nicht ohne Konzepte, Begleitung und Ausstattung.



starke eltern starke kinder

Das Magazin des Deutschen Kinderschutzbundes



Starke Kinder brauchen starke Eltern.

Auf 192 Seiten finden Sie

- hilfreiche Ideen und Anregungen rund um das Thema Erziehung
- interessante Artikel zum Lesen und Schmökern
- weitere Informationen, Lesetipps und Internetlinks zu den Artikeln
- Reportagen, Interviews und viele Fotos

starke eltern starke kinder ist ein zuverlässiger Ratgeber in allen Lebenslagen.

Ab 28.05.2021 am Kiosk oder beim Verlag erhältlich.

Jetzt bestellen:

per Post
ZIEL:MARKETING
Danneckerstraße 23A
70182 Stuttgart

bequem und einfach
im Internet unter
www.ziel-marketing.de

per E-mail
bestellungen@ziel-marketing.de

telefonisch
(0711) 9 66 95-0

per Fax
(0711) 9 66 95-20

Bestellschein

Hiermit bestelle ich _____ Exemplar(e)

des DKSB-Jahresheftes 2021 „**starke eltern starke kinder**“
zum Stückpreis von 6,90 € zzgl. 2,00 € Versandkosten

Absender

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-mail _____

Datum _____

Unterschrift _____

In der Grundschule: Reif fürs Digitale!?

Vielerorts wird pauschal „mehr digitale Bildung“ auch in der Grundschule gefordert. Reicht das? KSA fragt nach: Welche Entwicklungsaufgaben haben Sechs- bis Zehnjährige überhaupt – und was ist der Auftrag der Grundschule? Wie kann dort Bildung mit und über digitale Medien mit analogem Unterricht verknüpft werden, damit sich mehr Chancen für alle Kinder entfalten? Welche Leitplanken sind dafür wichtig? Der Befund zeigt auch: Schulen, Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern sind für die digitale Bildung noch gar nicht hinreichend vorbereitet, weder konzeptionell noch in Sachen Ausstattung und Kompetenz. Und auch die Kinderrechte, die im digitalen Raum gleichermaßen gelten müssen, stehen noch nicht im Grundgesetz. Dabei sind Kinder in ihrer Freizeit längst im weltweiten Netz unterwegs.



Vor allem beziehungsweise

Im Grundschulalter verändern sich Kinder nicht nur körperlich. Vor allem in Beziehung zu anderen formen sie jetzt auch soziale und emotionale Fähigkeiten weiter aus – ein jedes Kind möglichst in seinem eigenen Tempo. **Ab Seite 6**



Nicht ob, sondern wie

Schon in den ersten Klassen sollen Kinder digital fit gemacht werden. Diese Entwicklung ist rasant, wirft aber auch kritische Fragen auf und sorgt bei einigen Beteiligten durchaus für Ängste. Was sagt der Experte dazu? **Ab Seite 10**



Kinderschutztage 2021

Der DKSB hat den zweiten Teil seiner diesjährigen Kinderschutztage 2021 wieder in Präsenz durchführen können. Für inhaltliche Diskussionen, kollegialen Austausch und wichtige Beschlüsse kamen die Kinderschützer*innen vom 3. bis 5. September in der Stadthalle von Hannover zusammen. Hier haben sie auch einstimmig die richtungsweisende Resolution „Kinder haben Armut nicht gewählt“ verabschiedet – begleitet vom Applaus des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil und Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay. **Ab Seite 20**

Inhalt 4.2021

KLIPP & KLAR

- 4 **Kolumne, Plätze der Kinderrechte, Flutkatastrophe**

THEMA

- 6 **Vor allem beziehungsweise**
Entwicklungsaufgaben von Grundschulkindern
- 8 **Eine Schule für (fast) alle Kinder**
Die Grundschule zwischen Auftrag und Wirklichkeit
- 10 **Nicht ob, sondern wie**
So kann digitale Bildung gelingen
- 13 **Alles selbst erproben**
Digitaler Nachhilfeunterricht auch für Eltern?
- 14 **An „irrer Aufholjagd“ beteiligt**
Wirtschaft und Politik mischen in der Schule mit
- 16 **Auf die Dosis kommt es an**
Grundschulkindern sind privat sowieso online
- 17 **Draussen Schule machen**
Gutes Gegengewicht zum digitalen Lernen
- 18 **Kinderrechte in der digitalen Welt**
UN-Kinderrechtsausschuss gibt Richtung vor

KINDER IM BLICK

- 20 **Kinderschutztage 2021**
In Hannover wieder in Präsenz
- 25 **Deutsch-Rap von den RÄUBERS**
Ein Projekt des LV Berlin im Lockdown
- 26 **DKSB-Kampagne**
Überall sichtbar: „Kinder haben Armut nicht gewählt“
- 28 **Die machen Sachen**
Infos & Tipps aus der DKSB-Praxis
- 30 **Neunter Familienbericht**
Eltern sein in Deutschland
- 31 **Aktuelles aus dem Bundesverband Impressum**



Liebe Leserinnen und Leser,

je nach Bundesland und Kommune finden Kinder, Jugendliche und ihre Familien in ihrem Lebensumfeld eine unterschiedliche Infrastruktur von. Weil arme Kommunen wenig Geld haben, verfestigen sich sozioökonomische Ungleichheiten. Gerade dort, wo Angebote für Kinder und Jugendliche am dringendsten gebraucht werden, sind sie häufig am wenigsten ausgebaut. Das betrifft auch die Infrastruktur im ländlichen Raum. Die „Herstellung gleich-

wertiger Lebensverhältnisse“ ist aber nach Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes Aufgabe des Bundes. Deshalb fordern wir von der neuen Bundesregierung ein Investitionspaket „Kinder-Infrastruktur“.

Noch auf den letzten Metern haben die scheidende Regierung und der Bundesrat dem sogenannten Ganztagsförderungsgesetz zugestimmt. Damit besitzen ab Sommer 2026 eingeschulte Grundschüler*innen ein Recht auf Ganztagsbetreuung. Das war überfällig. Konkret bedeutet es jedoch: Wir werden viele neue Ganztagesplätze in unseren Grundschulen brauchen. Einige Bundesländer haben hier sogar massiven Aufholbedarf.

Eine gute Ganztagsbetreuung hilft nicht nur Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – sie soll vor allem Kinder in ihrer Entwicklung unterstützen. Sie erhalten neue Anregungen und Förderungen, die sie zu Hause nicht immer bekommen können. Mit den richtigen Angeboten kann der Bildungserfolg unabhängiger von der sozialen Herkunft werden. Bessere Bildungs- und Teilhabechancen sorgen für mehr Chancengleichheit. Entscheidend ist jedoch, dass die Ganztagesbetreuung qualitativ hochwertig ist! Dazu brauchen wir aber gut ausgebildetes Personal. Wir reden hier von Fachkräften für schätzungsweise 600.000 bis 800.000 neu zu schaffende Ganztagsplätze. Deshalb fordern wir Bund, Länder und Kommunen auf, sich rechtzeitig um die Aus- und Weiterbildung zu kümmern. An qualifiziertem Fachpersonal darf nicht gespart werden!

Ein weiteres Problem: Der Gesetzentwurf setzt leider keinerlei qualitative Rahmungen. Weil diese Ausgestaltung nun bei den Ländern liegt, könnte die Qualität im Ergebnis stark variieren. Kinder brauchen jedoch überall verlässlich hohe Qualität. Daher fordern wir, dass das gewährleistet wird. Der Anspruch auf Ganztagesbetreuung muss Kindern und ihren Bedürfnissen gerecht werden und darf nicht bloß ein Anspruch auf „Verwahrung“ sein, der sich hauptsächlich an den Bedürfnissen der Arbeitgeber*innen der Eltern orientiert. Wir fordern von unserer neuen Bundesregierung sowie von den Ländern und Kommunen, die Belange der Kinder ins Zentrum ihres Handelns zu stellen!

Ihr Heinz Hilgers
Präsident

PLATZ DER KINDERRECHTE Erfolgsgeschichte

Ein „Platz der Kinderrechte“ macht in einer Stadt oder Gemeinde die Rechte von Kindern direkt in den Lebenswelten der Kinder sichtbar. So setzt der Kinderschutzbund ein Zeichen, die Kinderrechte überall ernstzunehmen und umzusetzen. Kürzlich konnte der DKSB sechs neue „Plätze der Kinderrechte“ benennen. Damit sind es bundesweit jetzt insgesamt schon 21!

Der derzeit „jüngste“ Platz wurde am 14. Oktober 2021 in der Stadt Buchholz i.d. Nordheide eröffnet. Auch der kommunale Jugendrat hatte dieses Projekt des KV Landkreis Harburg sehr befürwortet.

„Für uns ging ein kleiner Traum in Erfüllung“, sagte Bettina Flohr, Geschäftsführerin des OV Gütersloh, am 25. September. Während der Einweihung in Gütersloh auf dem Vorplatz der Stadtbibliothek enthüllten Kinder eine kunstvolle Stele sowie Klapptafeln zu den Kinderrechten.

Auch der OV Hameln feierte Einweihung: Seit dem Weltkindertag am 20. September setzt nun ein Platz der Kinderrechte im Hamelner Bürgergarten ein Zeichen. Am 19. September freute sich der OV Ludwigsburg, dass in seiner Stadt auf dem Vorplatz des Forums am Schlosspark jetzt ebenfalls ein „Platz der Kinderrechte“ mit Leben gefüllt wird. Am selben Tag eröffnete ebenso der OV Wedel am Hafen „seinen“ Platz der Kinderrechte. Dabei enthüllten Mitglieder aus dem Wedeler Kinderparlament ein buntes Schild mit den Kinderrechten (Foto unten). Zwei Jahre zuvor war in Wedel bereits der „Mobile Platz der Kinderrechte“ des LV Schleswig-Holstein zu Gast gewesen.

Der OV Minden-Bad Oeynhausen feierte am 6. September den neuen „Platz der Kinderrechte“ entlang der Mindener Weserpromenade. Hier informieren nun zahlreiche Schilder über die Rechte der Kinder.

Bei allen genannten Feierlichkeiten waren prominente Vertreter*innen der lokalen Politik sowie vom DKSB aus den jeweiligen Landesverbänden und dem Bundesverband vor Ort. ■ mh



Flutkatastrophe Wie ging es den Kindern und dem DKSB vor Ort?

Die Bilder vom Hochwasser im rheinland-pfälzischen Ahrtal und in Regionen Nordrhein-Westfalens ließen viele von uns fassungslos zurück. Einige Kinder in den betroffenen Gebieten haben Angehörige verloren, viele erlebten die Panik der Schreckensnacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 am eigenen Leib und spürten Tag für Tag die Verzweiflung der Eltern.

Am 20. August 2021 spricht DKSB-Vizepräsidentin Ekin Deligöz im „Salon der Kinderrechte“ über die Folgen der Flut für die Kinder und den Kinderschutzbund vor Ort. Ihre Gäste: Ulrike Ring-Scheel, Vorsitzende des Kreisverbandes Ahrweiler (Rheinland-Pfalz), Petra Schnelle, pädagogische Fachkraft des Ortsverbandes Rösrath (NRW) sowie Joachim Türk, Mitglied im Bundesvorstand und stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

Fünf Wochen nach der Katastrophe, nach Schlamm schippen und Internetausfall, hat der KV Ahrweiler seine Angebote zum Teil wieder aufnehmen können. „Wir hatten großes Glück, dass unsere Geschäftsstelle nicht unmittelbar vom Hochwasser betroffen ist“, erzählt Ulrike Ring-Scheel. Dieses Glück hatten viele Kinder und ihre Familien, die der Kreisverband betreut, nicht: „Eines der größten Probleme für Kinder ist der Verlust von gewohnten Strukturen, Heimat- und Sicherheitsgefühl. Darauf reagieren sie ganz unterschiedlich – die einen werden wütend, andere traurig, manche machen auch Entwicklungsrückschritte. Deshalb ist es am wichtigsten, die Eltern rasch zu stabilisieren und für Kinder und Eltern zusammen Angebote zu machen.“

In der Kleinstadt Rösrath erfasste die Flut auch die Geschäftsstelle des Ortsverbandes. Seine Mitarbeitenden verloren ihr Büro, die Technik funktionierte nicht mehr, Akten verschwanden. Die Fortführung von Projekten war ungewiss, sagt Petra Schnelle: „In einem unserer Projekte erlernen Förderschüler*innen zum Beispiel das Gärtnern. Aber die beiden hierfür genutzten Schrebergärten wurden vom Hochwasser überflutet, in dem sich nicht nur Heizöl, sondern auch Schwermetalle befanden. Daher wissen wir nicht, ob wir die Gärten jemals überhaupt noch für den Gemüseanbau und die Schüler*innen nutzen können.“



Flutwasserschäden in Ahrweiler



Fotos (2): J. Türk

Was benötigten die Menschen vor Ort neben Sach- und Geldspenden besonders? Nach Erfahrung von Joachim Türk vor allem, dass Nicht-Betroffene ihnen zuhörten und dabei halfen, einen Überblick zu gewinnen und zielgerechte Hilfen zu organisieren: „Die Menschen sind so von diesen schrecklichen Geschehnissen eingenommen. Da tut es gut, wenn jemand von außen kommt und hilft.“ Aus seiner Sicht wird auch die traumapädagogische Arbeit eine große Rolle spielen, möglicherweise über Jahre: „Dafür müssen Lehrkräfte und Erzieher*innen entsprechend geschult werden.“

Was kann der Kinderschutzbund aus den Erfahrungen der betroffenen Gliederungen lernen? „Notfallpädagogik im Angebot zu haben ist ein guter erster Schritt“, sagt Ulrike Ring-Scheel. Für wichtig erachtet sie auch, sich die Kommunikationsstruktur im Ortsverband anzuschauen: Wie kann möglichst effektiv so kommuniziert werden, dass sich alle im Verein Tätigen auf dem Laufenden halten können? Der KV Ahrweiler hat hier

gute Erfahrungen mit einem Intranet gemacht, auf das alle im Verein zugreifen konnten. Und auch Facebook empfand Ulrike Ring-Scheel als hilfreich. Schließlich müssen Vorstand und Mitarbeitende im Katastrophenfall schnell zusammenkommen und klären können, wer arbeitsfähig ist und wer Unterstützung braucht.

Der DKSB Bundesverband richtete gleich nach der Katastrophe ein Spendenkonto ein. Über 100.000 Euro sind dort bislang eingegangen (Stand Oktober). So konnten die betroffenen Orts- und Kreisverbände in Nordrhein-Westfalen sofort mit 75.000 Euro und in Rheinland-Pfalz mit 25.000 Euro unterstützt werden. Mit gleichem Ziel hat der Landesverband Rheinland-Pfalz selbst bisher über 50.000 Euro an Fremdspenden für die Arbeit seiner vom Hochwasser betroffenen Gliederungen gesammelt und noch 10.000 Euro draufgelegt. ■

Alina Jensen, Fachreferentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im DKSB Bundesverband

Der „Salon der Kinderrechte“...

... ist ein Online-Format des DKSB Bundesverbandes, initiiert und moderiert von Vizepräsidentin Ekin Deligöz. Dabei spricht sie mit ihren Gästen über aktuelle kinderpolitische Themen. Seit September 2021 wird der Salon von Bundesvorstandsmitglied Joachim Türk moderiert. Für Interessierte: Melden Sie sich zum jeweiligen Termin an und diskutieren Sie via Zoom mit! Die Aufzeichnungen sind anschließend auf dem Youtube-Kanal des DKSB Bundesverbandes zu sehen sowie auf Spotify und iTunes zu hören. ■

Vor allem *beziehungsweise*

Nach der Einschulung durchlaufen Kinder in den folgenden vier Grundschuljahren eine große Entwicklung – manches Kind langsamer, manches schneller, ein jedes in seinem eigenen Tempo. Aber allen Kindern ist gemeinsam, dass sie sich zwischen ihrem sechsten und zehnten Lebensjahr körperlich, sozial und emotional stark weiterentwickeln. Vor allem in Beziehung zu anderen.

„Hallo Frau Müller – ich gehe schon in die Schule!“, ruft mir unser Nachbarskind Ben fröhlich zu. Er kommt mir mit seinem Schulranzen entgegen und zeigt mir stolz einen Bagger, den er gerade im Unterricht gezeichnet hatte. „Wow, du kannst aber toll malen! Bist eben schon ein großer Junge“, gebe ich bewundernd zurück. Ben strahlt und zeigt mir wunderschöne Zahnlücken. Klarer Fall – seine Milchzähne machen jetzt den bleibenden Zähnen Platz. Und auch sein Körper streckt sich sichtbar. Grundschüler*innen wachsen jedes Jahr etwa acht Zentimeter.

Aus seiner frühen Kindheit bringt Ben wie andere Gleichaltrige ein leistungsstarkes Gehirn mit in die Grundschule, das ihm enorme Anpassungs- und Lernfähigkeit erlaubt. Grund dafür sind die vielen Verbindungen (Synapsen) der Nervenzellen untereinander sowie zu Muskel- und Sinneszellen. Diese in den ersten drei Lebensjahren gewachsene „Vernetzung“ im Gehirn weist doppelt so viele Synapsen auf als bei Erwachsenen. Das bleibt etwa bis zum 10. Lebensjahr so. Erst danach baut sich etwa die Hälfte der Verbindungsstellen schrittweise wieder ab. In diesem Prozess wird Bens Gehirn auf selten benutzte

und offenbar nicht benötigte Synapsen „verzichten“, während andere Verbindungen bleiben und intensiver genutzt werden. Auf die so entstehende Struktur des Gehirns hat vor allem das Einfluss, was das Kind bis zu diesem Alter erfahren, erlebt und gelernt hat.¹

Die Grundschulzeit ist rundum eine Zeit des Wachstums: Die Konzentrationsfähigkeit steigt, das Zeitgefühl entwickelt sich, die Fähigkeit zur Selbstkontrolle und zum Aufschieben von Bedürfnissen nimmt zu. Vor allem weil sich auch das Denken verändert, richtet sich das Interesse zunehmend auf die Zusammenhänge des Lebens.

Wer kennt nicht die Fragen von Siebenjährigen: „Warum können Delfine so lange tauchen?“, – „Wie schläft eine Kuh?“ Grundschulkinder finden die Welt immer spannend und brauchen Erwachsene, die ihnen die Zusammenhänge erklären. Dabei lassen die Kinder die Erwachsenen auch an ihren Überlegungen teilhaben. Oft bohren sie solange nach, bis alle Widersprüche zumindest aus ihrer Sicht geklärt sind. Diese Zeit der Gespräche und Diskussionen mit verlässlichen Ansprechpartner*innen ist für die kindliche Entwicklung äußerst wertvoll.

Grundschulkinder wollen aber nicht nur die Welt erklärt bekommen, sondern sie wollen sie vor allem selbstständig und mit allen Sinnen entdecken und gestalten. Also erstmal ganz analog ein Lager im Wald bauen, Lego

¹ www.neurologen-und-psychoater-im-netz.org/gehirn-nervensystem/entwicklung/



auch ihre Eltern. Das Gespräch und die Auseinandersetzung mit einem Kind in diesem Alter fordern Eltern immer wieder auf, eine eigene Position zu beziehen und zu begründen. „Warum darf ich nicht mit ins Kino?“ Und da das Kind immer selbständiger wird und vielfältige Erfahrungen mit anderen Menschen in der Schule, im Verein und mit Gleichaltrigen macht, sind die Eltern auch nicht mehr der absolute Maßstab aller Dinge. Vielmehr werden jetzt Gleichaltrige immer wichtiger und auch der Vergleich mit anderen Kindern: „Ich möchte auch ein Mountainbike haben wie Joram!“ – „Caro darf aber viel länger aufbleiben als ich!“ Immer häufiger sind die Erwachsenen jetzt auch nicht mehr dabei, wenn die Kinder miteinander spielen, sich mit ihren Fähigkeiten erproben und ihre eigene Privatsphäre haben, sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt. Zunehmend werden die Kinder unabhängiger von den Eltern – im Tun und im Denken.

Trotz dieser Gemeinsamkeit bei den Entwicklungsaufgaben ist jedes Kind im Grundschulalter anders. Jedes besitzt individuelle Fähigkeiten und Erfahrungen und seine eigene Gefühlswelt. Auch jede einzelne Familie hat ihre eigenen Regeln und Besonderheiten, die das Kind mitprägen. Von seinem Leben während der Schwangerschaft in Mamas Bauch bis hinein ins Grundschulalter hat das Kind schon viele Erfahrungen mit sich, seiner Familie und der Umwelt gemacht und vielfältige Entwicklungsaufgaben bewältigt.

Kurzum: Kinder bringen ihre eigene Persönlichkeit zur Einschulung mit, und diese Vielfalt bereichert vom ersten Tag an den Unterricht in der Klasse. Wer schon einmal bei einer Einschulung dabei war, erinnert sich an diese wunderbare Mischung aus Erstklässler*innen: große und kleine, schüchterne und kecke, kichernde und ernste. Vielfalt hat unendlich viele Worte. Für sie alle soll die Grundschule ein Lern- und Lebensort sein – ein Ort, der allen Kindern gleichermaßen das Tor zur schulischen Bildung öffnet. Dabei treffen in den Klassen Kinder, die Deutsch als Zweitsprache gelernt haben, auf Kinder, deren Muttersprache Deutsch ist. Da sitzen geflüchtete Kinder, die traumatische Erfahrungen auf dem Mittelmeer gemacht haben, neben Kindern, die immer in der Sicherheit ihres idyllischen Dorfes gelebt haben. Da gibt es Kinder aus wohlhabenden und armen Familien, Kinder mit einem, zwei oder mehr Elternteilen, Kinder mit und ohne Handicap.

Grundschule mit ihrem Angebot der gemeinsamen Schulbetreuung ist somit eine große Chance für unsere Gesellschaft! Und eine

Chance für die Kinder, viel über den demokratischen Umgang miteinander zu lernen, wenn man die Grundschule als Begegnungs- und Lernort für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Geschlecht und ihren Erfahrungen versteht.

Gleichzeitig ist das eine große Herausforderung für die Lehrkräfte, einer so heterogen zusammengesetzten Gruppe ein passendes Lernangebot zu machen, aber zugleich auch jedes einzelne Kind zu sehen und individuell zu fördern. Auf eines jedoch sind alle Kinder in der Grundschule angewiesen, um gut lernen zu können: auf gelingende Beziehung und wertschätzende Begegnung zwischen Lehrkräften, Kindern und Eltern sowie zwischen den Kindern untereinander.

Lehrkräfte, die echtes Interesse daran haben, die Kinder in allem, was sie ausmacht, gut kennenzulernen und ihnen ein Beziehungsangebot zu machen, ermöglichen Kindern lebenslange Freude am Lernen. So manche Erwachsene sagen noch viele Jahre später rückblickend über ihre Schulzeit: „Ich hatte in der Grundschule eine wirklich tolle Deutschlehrerin.“ Niemand würde dagegen sagen: „Ich fand die Regeln der Groß- und Kleinschreibung so spannend.“

Wenn Grundschule ein Ort für Kinder ist, an dem sie auch sich selbst und andere kennenlernen, an dem sie erkennen, dass es Unterschiede zwischen der eigenen Gedanken- und Gefühlswelt und der anderer Menschen gibt, und von dem aus Kinder anschließend wissbegierig und verantwortungsvoll in die weitere Welt hinausgehen – dann eröffnet die Grundschule Kindern eine Perspektive für das ganze Leben. ■

Bettina Müller, Dipl.-Psychologin, u.a. Entwicklungspsychologische Beraterin (EPB), Leiterin des Kinderschutzzentrums im OV Ulm/Neu-Ulm

// Kinder bringen ihre eigene Persönlichkeit zur Einschulung mit, und diese Vielfalt bereichert vom ersten Tag an den Unterricht in der Klasse.

spielen, Wasserbahnen auf dem Spielplatz graben, die Puppenküche so einrichten, dass sie funktioniert. Weil Kinder all das und vieles andere mehr ausprobieren möchten, brauchen sie Gleichaltrige, die ihre Interessen und ihre Begeisterung teilen. Dabei machen sie grundlegende Erfahrungen von Freundschaft, Teamwork und Streit. Sie erfahren, wie man mit anderen Probleme löst und Konflikte austrägt. Es ist eine Zeit, in der Kinder experimentieren, neue Fähigkeiten entfalten und neuen Interessen mit Leidenschaft nachgehen.

Auch das Verantwortungsgefühl wächst im Grundschulalter. „Ich passe kurz auf's Baby auf, du kannst ruhig zum Briefkasten gehen.“ Für ein Kindergartenkind wäre das eine Überforderung – aber jetzt ist es eine spannende Aufgabe.

Damit verbunden ist auch die Gefühlsentwicklung: Grundschulkinder können sich zunehmend besser in andere Menschen hineinversetzen und verstehen, dass jeder Mensch ganz eigene Gefühle, Gedanken, Wünsche und Motive hat. Die Unordnung, die Mama gelassen hinnimmt, regt Papa furchtbar auf (oder umgekehrt) – die Fähigkeit zum Perspektivwechsel von sich auf das Gegenüber ist vielleicht eine der größten Veränderungen, um andere und die Welt zu verstehen.

Mit zunehmender Eigenständigkeit des Kindes geht es in den Familien oft um Regeln und Grenzen. Anders als im Kindergartenalter hinterfragen Grundschulkinder kritisch die ihnen gesetzten Grenzen – und letztlich damit



Eine Schule für

Die gemeinsame öffentliche Grundschule mit Schulpflicht für alle Kinder gibt es in Deutschland seit gut 100 Jahren. Heute ist ihr Auftrag mit Anforderungen konfrontiert, die kaum mehr zu erfüllen sind. Jedenfalls nicht unter den gegebenen Bedingungen.

Foto: MDobkowitz/CC-BY-SA-4.0



Historischer Klassenraum im Dorf- und Schulmuseum Schönwalde

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Bildungssystem in den beiden Teilen Deutschlands in unterschiedlichen Strukturen: Westdeutschland führte im Anschluss an die Grundschule das dreigliedrige Schulsystem wieder ein. 1964 wurde hier die Grundschule – bis dahin Teil der achtjährigen Volksschule – eine eigenständige Schulstufe.

Ostdeutschland legte vom Kindergarten bis zur Hochschule ein Einheitsschulsystem fest, das in den 1960er Jahren in die zehnklassige Polytechnische Oberschule (POS) mit Unterstufe, Mittelstufe und Oberstufe als Regelpflichtschule überführt wurde.

Mit vier Jahren Dauer sowie im Fächerspektrum (ausgenommen Religion) waren beide Primarstufen vergleichbar. Die ostdeutsche Unterstufe unterschied sich jedoch durch ihr sozialistisch geprägtes Erziehungsideal von der westdeutschen Grundschule, welche noch 1959 als Schonraum für eine „ruhig reifende“ Kindheit galt. Erst mit der Eigenständigkeit der Grundschule begann eine pädagogische Reformphase. Diese konnte sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse zur individuellen Entwicklung von Kindern und deren besondere Lern- und Bildungsfähigkeit in frühen Lebensjahren stützen. Beide Systeme

waren durch die institutionelle Ausgrenzung von Kindern mit Handicap jedoch keine Schulen für alle Kinder.

Mit der Wiedervereinigung wurde das Schulsystem der ostdeutschen Bundesländer nach westdeutschem Vorbild umgestaltet.

AUFTRAG DER GRUNDSCHULE

Die Kultusministerkonferenz (KMK) benennt 2015 in den *Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule* folgende Aufträge:

- Anschluss an Entwicklung und Lernen im Elternhaus und in Kindertageseinrichtungen herstellen,
- grundlegende Kompetenzen für das Lernen in den weiterführenden Schulen vermitteln,
- Lern- und Entdeckerfreude sowie Lernmotivation bei allen Kindern unter Beachtung ihrer Unterschiedlichkeit fördern.

Dabei soll die Grundschule Folgendes sein:

- Lern- und Lebensort für alle Kinder,
- Ort grundlegender Bildung,
- Ort qualitätsvoller Bildungsarbeit
- und Teil eines durchgängigen Bildungssystems.



iStockphoto/Wavebreakmedia

Es bleibt nach wie vor bei dem fundamentalen Widerspruch, dass die Grundschule jedes Kind individuell fördern soll, beim Übergang in die Sekundarstufe jedoch an alle die gleichen Maßstäbe anlegen muss, um sie für unterschiedliche Bildungsgänge auszuweisen.

FACHBEZOGENES LERNEN

Als Fächerkanon benennt die KMK: Deutsch, Mathematik, Sachunterricht, Fremdsprache, Kunst, Werken/Textiles Gestalten, Musik, Sport und Religion/Ethik. Dabei wertet sie **Deutsch** für fachübergreifendes und fächerverbindendes Arbeiten als handlungsleitend sowie Deutsch, Mathematik und Sachunterricht als fachlichen Kernbereich der Grundschule.

Deutsch umfasst Sprechen, Zuhören, Schreiben und Lesen als Basis für Kommunikation und Wissenserwerb.

Dem **Mathematikunterricht** liegen zugrunde: Zahlen und Operationen, Raum und Form, Muster und Strukturen, Größen und Messen, Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit, mit dem Ziel, mathematische Sach- und Methodenkompetenz zu entwickeln.

Sachunterricht ist allgemeinbildendes Fach und Zentrum vieler fachübergreifender Inhalte der Grundschule. Sprachliche und mathematische Kenntnisse kommen hier zur Anwendung.

Der **Fremdsprachenunterricht** soll Grundlagen bilden für den Erwerb von Mehrsprachigkeit und europäischem Bewusstsein.

(fast) alle Kinder

Der **Kunstunterricht** fördert Wahrnehmungsfähigkeit, Kreativität und Gestaltungswillen.

Werken und Textiles Gestalten ermöglichen Erfahrungen mit unterschiedlichen Materialien und Werkstoffen der Alltagswelt.

Der **Musikunterricht** lässt Kinder vielfältige Formen des Musizierens, Bewegens und Tanzens erleben und die eigenen Ausdrucksmöglichkeiten erweitern.

Im **Sport** stehen vielfältige Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote für individuelle Talentförderung und den Ausgleich von Bewegungsmangel im Mittelpunkt.

Religion und Ethikunterricht folgen dem Anspruch, die Bildung von Wertebewusstsein und Werteorientierung und ein gelingendes Leben in der Gemeinschaft zu fördern.

Nach meinem Eindruck gibt es jedoch ein Grundproblem: Die Fächer Deutsch und Mathematik scheinen alle anderen Lernbereiche zunehmend in den Hintergrund zu drängen. Befeuert durch zahlreiche Bildungsstudien, werden die deutsche Rechtschreibung und mathematische Kenntnisse offenbar für wichtiger erachtet als die vielfältigen und anspruchsvollen weiteren Lernfelder. Das halte ich jedoch für eine Unterschätzung des Sachunterrichts, der musisch-ästhetischen Bildung, auch des Schulsports in ihrer Bedeutung für eine umfassende Bildung der Kinder. Leider zeigt die Praxis, dass ausreichende Erfahrungen in diesen Bereichen vielen und insbesondere den ohnehin durch ihre Lebensverhältnisse benachteiligten Kindern fehlen (Weltwissen).

Der digitale Hype verstärkt das Problem. Authentische sinnliche Erfahrungen und Erlebnisse lassen sich nicht digitalisieren. Die Entwicklung zu sozial verantwortungsvollen und gesunden Menschen braucht auch und vor allem Bewegung, Naturbegegnung und soziales Miteinander. Die Schule mit ihren Lernangeboten bietet den Raum dafür. Nur ein allseitig ausgerichtetes Bildungsangebot ermöglicht, dass Kinder ihre vielfältigen Potenziale entwickeln können, auch bei der Nutzung digitaler Medien. Daher muss sich die Bedeutung aller Lernbereiche nicht nur im Stundenplan, sondern auch in der Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte sowie in ihrer ausreichenden Anzahl abbilden.

HERAUSFORDERUNGEN JENSEITS DER FÄCHER

Die Grundschule hat einen zweigeteilten Auftrag: Sie soll Kinder bilden (Vermittlung der Kulturtechniken) *und* erziehen (Persönlichkeitsbildung). Letzteres ist der zunehmend anspruchsvollere Teil. Kinder sollen soziale Kompetenzen für ein solidarisches Zusammenleben erwerben, Team- und Demokratiefähigkeit ausbilden, mit der Natur nachhaltig umgehen lernen und ein gesundheitsbewusstes Leben führen können. Die Grundschule soll sie stark machen für eine Zukunft, die wir heute nicht einschätzen können, die aber lebenslanges Lernen, Umlernen, Kreativität und Flexibilität erfordern wird.

Folgerichtig muss gerade die Grundschule gesamtgesellschaftliche Entwicklungen ebenso wie Veränderungen in der Lebenswelt von Kindern und Familien in der pädagogischen Arbeit aufgreifen. Dazu gehören auch die großen Themen Globalisierung, Klima und Digitalisierung. Zugleich haben alle Kinder das Recht, mit ihren individuellen Voraussetzungen wahrgenommen zu werden – ein Spagat.

Verknüpfen wir den vielfältigen Auftrag der Grundschule mit dem Anspruch, eine Schule für *alle* Kinder zu sein, verwundert die hohe Belastung der Lehrkräfte in der Primarstufe nicht. Zwar scheinen z. B. Individualisierung und Umgang mit Heterogenität längst selbstverständlich zu sein, jedoch fehlen die Ressourcen für eine konsequente Umsetzung von *inklusive*n Bedingungen. Oder nehmen

iStockphoto/Highwaystarz-Photography



wir die Ganztagsbetreuung. Dafür haben Schulen organisatorische und pädagogische Konzepte entwickelt, unzureichende Finanzierung und mangelnde personelle Ausstattung be(ver)hindern jedoch deren Umsetzung. Mit Blick auf Bildungsgerechtigkeit ist das skandalös!

Weitere Baustellen sind offensichtlich: Wie können angesichts des Sanierungs- und Ausbaus, fehlender Schulgebäude und -räume sowie des besonders hohen Lehrkräftemangels in der Grundschule pädagogische Reformen und anspruchsvolle Schulentwicklung auf der Agenda gehalten werden? Genau darin sind auch die Fragen und Erfordernisse zum Umgang mit digitalen Medien in der Grundschule zu verorten. ■

Maresi Lassek, Grundschulleiterin i.R., von 2010 bis 2020 Bundesvorsitzende des Grundschulverbands



iStockphoto/LSophoto



iStockphoto/shironosov

Digitale Bildung in der Grundschule

Nicht *ob*, sondern *wie*

Mit der Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ wird auch für die Grundschulen Deutschlands gefordert, das Thema Digitalisierung stärker in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen.

Bereits im Grundschulalter sollen bei allen Kindern zentrale Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien gefördert und zunehmend auch digitale Medien für das Lernen in der Grundschule genutzt werden.

Was bewegt Eltern und Lehrkräfte in diesem Zusammenhang? KSA hat diese Frage Prof. Dr. Thomas Irion vorgelegt. Er leitet die Abteilung Grundschulpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd und ist dort Direktor des Zentrums für Medienbildung. Zudem ist er Vorstandsmitglied des Grundschulverbandes und dort zuständig für das Ressort „Digitale Grundbildung“. Im Folgenden beantwortet Thomas Irion Fragen, die ihm bei Vorträgen und Podiumsdiskussionen immer wieder gestellt werden.

► **Bereits Kinder im Grundschulalter verbringen in ihrer Freizeit doch schon viel Zeit mit digitalen Spielen, Videos und teilweise sogar Social Media. Muss hier nicht die Grundschule einen Gegenpol zu dieser Entwicklung bilden und dafür sorgen, dass die Kinder wenigstens in der Schule auf digitale Medien verzichten?**

Die Bedenken von Eltern, aber auch von manchen Kinderärzt*innen, Erzieher*innen und Lehrkräften hinsichtlich der übermäßigen Nutzung digitaler Medien im Grundschulalter kann ich sehr gut nachvollziehen. Digitale Medien faszinieren viele Kinder sehr, das bestätigen auch aktuelle Studien wie die KIM-Studie: Das Smartphone, der Computer und digitale Spiele gehören schon im Grundschulalter zu den häufigsten Themeninteressen. Statistisch stehen sie in der Summe sogar deutlich vor den Interessen für Spielsachen, Sport, Musik, Tiere, Natur oder Filme. Gerade Eltern und Lehrkräfte, die selbst eine Kindheit weitgehend ohne digitale Medien erlebt haben, machen sich Sorgen, welche negativen Folgen digitale Medien für Kinder haben können. Und diese Faszination kann für manche Kinder tatsächlich auch zu groß werden. Und auch weil manche Eltern digitale Medien als bequeme Babysitter entdeckt

haben, können andere wichtige Erfahrungswerte für Kinder zu kurz kommen.

Deshalb betone ich bei jeder Gelegenheit: Natürlich ist es für das Aufwachsen von Kindern zentral, dass sie ausreichend Naturerfahrungen machen können, vielfältige direkte Kontakte mit anderen Menschen erleben und alle Sinne der Kinder angesprochen werden. Daher ist selbstverständlich dafür zu sorgen, dass die kindlichen Entwicklungsprozesse nicht gefährdet werden – auch nicht durch



iStockphoto/solevnikola

falschen und übermäßigen Medienkonsum. Es ist also richtig, auch auf diese Gefahr aufmerksam zu machen.

Ebenso wichtig ist aber auch der Hinweis, dass es nicht sinnvoll und auch gar nicht möglich ist, Kinder im Grundschulalter von der Digitalisierung total abzukapseln. Dafür hat sich unsere Welt in den letzten Jahren durch die Digitalisierung viel zu stark verändert und verändert sich auch immer noch sehr dynamisch weiter.

Aktuell stehen wir also nicht mehr vor der Frage, ob wir Kinder den digitalen Medien aussetzen sollen oder nicht – sondern wir stehen vor der Tatsache, dass unsere Gesellschaft von digitalen Medien bereits durchdrungen ist. Während noch Ende des letzten Jahrhunderts häufig zwischen der digitalen und analogen Welt unterschieden werden konnte, sind in den letzten Jahrzehnten nahezu alle unsere Lebensbereiche durch die Digitalisierung verändert worden. Kulturwissenschaftler*innen wie Felix Stalder (2016) sehen die Digitalisierung nicht nur als Randscheinung unserer gesellschaftlichen Entwicklung, sondern als zentrales Element eines digitalen Wandels. Er prägt unser Zusammenleben und unsere Kommunikation und hält ständig neue Chancen und Herausforderungen für unsere Gesellschaft bereit. Diese Dynamik nimmt immer mehr Fahrt auf. Gerade in der Pandemie haben wir erfahren, welche positiven Effekte sich etwa im Bereich der medizinischen Forschung oder der Absicherung von Kommunikation in kürzester Zeit entwickelt haben – aber auch welche Gefahren, etwa durch Fake News und Verschwörungstheorien, dabei entstehen können.

► Ein Ende des digitalen Wandels unserer Gesellschaft ist also nicht abzusehen. Müssen Grundschulen auf diese Entwicklung reagieren?

Natürlich müssen Grundschulen darauf reagieren! Schließlich wachsen unsere Kinder in dieser Welt auf, in der die Digitalisierung unter anderem zu einer massiven Veränderung im Bereich der Erkenntnisgewinnung, der Informationszugänge und der Kommunikation geführt hat. Daher sollten wir darauf achten, dass die Folgen für Kinder nicht einseitig betrachtet, sondern die Risiken *und* Chancen des digitalen Wandels für ihr Aufwachsen gleichermaßen gesehen werden. Stefan Aufenanger hat 2019 in einem Überblick über internationale Studien z.B. gezeigt, dass digitale Medien den Kindern neben Risiken auch vielfältige Anregungen für die kognitive Entwicklung sowie Impulse für ihre Persönlichkeitsfindung bieten.

Die Gefahr, sich in digitalen Medien zu verlieren, ist allerdings dann besonders groß, wenn Kinder ungeeigneten digitalen Angeboten überlassen werden. Diese Entwicklung hat man in der Grundschulbildung zu lange ignoriert, Kinder und Eltern wurden damit vielfach alleingelassen. Angesichts der Bedeutung digitaler Medien für das Aufwachsen der Kinder sollten wir deshalb aktuell weniger darüber diskutieren, ob wir das Thema Digitalisierung in der Grundschule aufgreifen, sondern vielmehr wie wir Kinder sinnvoll in einer digital geprägten Welt begleiten können.

► Wie kann ein zeitgemäßer Grundschulunterricht im Hinblick auf die Medienentwicklungen aussehen?

Eine Kernaufgabe der Grundschulbildung ist es, Kinder bei der Orientierung in der komplexen Welt zu begleiten, in zentrale Kulturtechniken einzuführen und sie ebenso auch bei der Entfaltung ästhetischer, forschender, motorischer, lebenspraktischer und demokratischer Kompetenzen zu unterstützen. Diese Kernaufgaben bleiben natürlich auch im Zuge der Digitalisierung bestehen, weshalb eine zeitgemäße Grundschule unbedingt auch Gegenpole zur Nutzung von digitalen Technologien bieten muss. So brauchen viele Kinder in der Schule unbedingt mehr Naturerfahrungen und sinnliche Erlebnisse abseits von Wischbewegungen und Tastenklicks auf digitalen Endgeräten.

Es ist selbstverständlich dafür zu sorgen, dass die kindlichen Entwicklungsprozesse nicht gefährdet werden – auch nicht durch falschen und übermäßigen Medienkonsum.

Andererseits muss aber auch dafür gesorgt werden, dass grundlegende Kompetenzen für das Leben in der digitalen Welt auch von allen Kindern gelernt werden. Während manche überbehütenden Eltern möglicherweise eigene Ängste vor der digitalen Welt auf Kinder übertragen, lassen andere Eltern den Kindern weitgehend freie Hand und sorgen auf diese Weise auch nicht immer für den Aufbau von wichtigen Grundkompetenzen.

Eine zeitgemäße Grundschule ergänzt Buch- und Arbeitsblattunterricht nicht einfach durch Übungsprogramme auf Tablets, sondern ermöglicht Kindern vielfältige Erfahrungsräume mit und ohne Medienbegleitung. Kinder sollten dabei nicht nur üben, Geräte zu bedienen, sondern eben auch lernen, wie sie *selbst* digitale Medien zur Information und Kommunikation, aber auch in Situationen des forschenden Lernens und kreativen Gestaltens nutzen können.

Die Grundschulbildung steht hier vor der Aufgabe, Kinder bei der Entwicklung der für diese Lern- und Arbeitsprozesse erforderlichen Kompetenzen zu begleiten. So können Kinder z.B. eigenständig multimediale Bücher erstellen, um Erfahrungen wie etwa einen Lerngang zur Feuerwehr oder in den Wald zu dokumentieren und gemeinsam mit anderen Kindern und der Lehrkraft oder den Eltern darüber zu sprechen. Auf diese Weise werden Kindern Naturerfahrungen und soziale Erfahrungen zuteil – zugleich erhalten sie aber auch verschiedene Möglichkeiten, diese Erfahrungen durch digitale Technologien festzuhalten, zu reflektieren und anderen mitzuteilen. Ein solches Vorgehen fördert einerseits ihre grundsätzlichen Be-

iStockphoto/monkeybusinessimages



dienkompetenzen und unterstützt andererseits den Aufbau einer kritischen Haltung gegenüber Medien. Zugleich lassen sich durch solche Formen der aktiven Medienarbeit mit Kindern auch fachliche Kompetenzen, etwa in den Bereichen Deutsch, Sachunterricht und Ästhetik, fördern.

Ein zeitgemäßer Grundschulunterricht nutzt solche und weitere Möglichkeiten digitaler Werkzeuge, um Grundschulunterricht anschaulicher, individualisierter und kooperativer werden zu lassen. Es geht also nicht darum, Kinder vor dem Computer oder Tablet zu parken und mit Übungsaufgaben abzufüllen, sondern es geht vielmehr darum, Kinder unter Einbezug von digitalen Medien zur Kreativität und zu forschenden Aktivitäten zu motivieren, bei denen keinesfalls immer digitale Medien im Mittelpunkt stehen sollten. Digitale Technologien sollten den Unterricht vielfach nicht dominieren, sondern begleiten.

iStockphoto/Maria Symchych-Navrotska



► Ist wirklich nur die Schule dafür verantwortlich, dass sich Kinder unbeschadet in der digitalen Medienwelt zurechtfinden?

Das wäre wirklich zu viel verlangt von der Schule. Natürlich spielen auch Eltern und außerschulische Partner*innen wie Kindertagesstätten eine ganz zentrale Rolle dabei, Kinder in der digital geprägten Welt zu begleiten. Hier ist ein gutes Zusammenspiel sehr wichtig.

Auch Organisationen wie beispielsweise der Kinderschutzbund sind wichtig, um auf Gefährdungsbereiche für das kindliche Aufwachsen hinzuweisen. Allerdings können nicht alle Probleme unserer Gesellschaft pädagogisch gelöst werden. Deshalb ist auch durch gesetzliche Regelungen dafür zu sorgen, dass negative Folgen für Kinder verhindert werden. Wenngleich eine totale Abschottung nicht zeitgemäß ist, sind Risiken für das Aufwachsen auch durch Maßnahmen der Gesetzgebung bestmöglich zu minimieren.

Zudem gilt es auch dafür zu sorgen, dass digitale Lernsysteme in der Grundschule wirklich *kindgerecht* gestaltet sind und nicht nur jene Kinder von diesen profitieren können, die zu Hause Hilfe von Eltern oder Geschwistern erhalten oder ohnehin schon medienkompetent sind. Dies ist aktuell häufig der Fall und führt zu massiver sozialer Ungleichheit. Aus diesem Grund spielen bei der Auswahl digitaler Tools für die Grundschule nicht nur der Datenschutz, sondern auch die Be-

nutzerfreundlichkeit und die Barrierefreiheit eine große Rolle. Hier besteht ein erhebliches Forschungsdefizit, da viele Tools bislang hauptsächlich im Hinblick auf ältere Kinder entwickelt und erforscht wurden.

Abschließend will ich bei allen Gefährdungen ausdrücklich nochmal darauf hinweisen: Reine Medienverbote greifen zu kurz. Damit *alle* Kinder faire Chancen für das aktuelle und künftige Leben erhalten, müssen sich meines Erachtens Grundschulen und Eltern, aber auch Organisationen wie der Kinderschutzbund dafür einsetzen, dass Kinder nicht nur keinen Gefährdungen ausgesetzt sind, sondern auch dass alle Kinder zentrale Kompetenzen für die Nutzung digitaler Medien erwerben können. Insbesondere ist zu verhindern, dass Kinder durch die fehlende Möglichkeit zum Kompetenzaufbau in ihrer Entwicklung behindert werden und somit neue Formen der sozialen Ungleichheit entstehen. Eine große internationale Vergleichsstudie der digitalen Kompetenzen von Kindern in achten Klasse zeigt auf, dass hier in Deutschland erheblicher Nachholbedarf besteht. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, wie wichtig es ist, dass gerade Kinder im Grundschulalter nicht vom Erwerb grundlegender Kompetenzen ausgeschlossen werden. ■

Eine Liste der Literatur, auf der dieser Beitrag basiert, kann in der KSA-Redaktion angefordert werden.
E-Mail: kса-redaktion@duesenberg-kontext.de

Ein Wort zum Hybridunterricht

Es herrscht Einigkeit: Gerade Grundschüler*innen sollte möglichst in Präsenz unterrichtet werden. Aber was, wenn ein gesundes Kind zu Hause in Quarantäne sitzt? Oder wegen eines Gipsbeins oder zu schlechtem Wetter nicht zur Schule kann?

Sollte es dann in Zukunft nicht wenigstens digital ins Klassenzimmer live dazugeschaltet werden können? Lernen in Hybridform verknüpft zeitgleich den Präsenzunterricht in der Schule mit digitalem Lernen von zu Hause.

Die Vorteile: Hybrid ermöglicht Kindern vor allem die Teilhabe am Unterricht im Klassenzimmer auch bei (leichter) Erkrankung oder sonstigen Verhinderungsgründen. Es lohnt zudem, die während der Pandemie bei Kindern und Lehrkräften (zwangsweise) entstandenen digitalen Kompetenzen für die Zukunft zu sichern, zu nutzen und zu erweitern. Und schließlich müssen sich auch die erfolgten Bildungsinvestitionen ins Digitale (materiell und zeitlich) rentieren.

Wichtige Voraussetzungen: Die technischen, rechtlichen (Datenschutz), personellen und räumlichen Rahmenbedingungen müssen stimmen – sowohl in der Schule für die Lehrkräfte und Schüler*innen als auch im Homeschooling für die teilnehmenden Kinder. Zudem erfordert Hybridunterricht neue methodisch-didaktische

Konzepte sowie die Definition von Zugangsbedingungen. Außerdem braucht die Schule zusätzliches Personal für die dauerhafte Administration der Geräte und Plattformen sowie in jedem Klassenzimmer einen großen Bildschirm. Zwingend nötig ist dafür, die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen – sowohl beim Personaleinsatz als auch bei der Beschaffung.

Große Herausforderungen: Viele Schulen erfüllen die Voraussetzungen (noch) nicht.

Auch in vielen Elternhäusern fehlen Kindern der nötige Rahmen und die Unterstützung fürs digitale Lernen. Zudem entsteht hoher Regelungsbedarf: Welches Kind darf oder muss wann unter welchen Umständen am Hybridunterricht teilnehmen? Und wer muss davor auch geschützt werden, z.B. bei Erkrankung? Liegt das im Ermessen der Schule, der Eltern oder des Kinderarztes bzw. der Ärztin? Diskutiert werden sollte ebenso, ob Hybridunterricht überhaupt für jeden Inhalt, jedes Fach und vor allem jedes Kind geeignet ist, insbesondere im Hinblick auf den integrativen bzw. inklusiven Auftrag der Grundschule. In welchem Setting digitales schulisches Lernen künftig auch immer stattfinden soll: Die soziale Schere darf dadurch nicht noch weiter aufgehen. ■

Dr. Martin Stahlmann, Redaktion

Alles *selbst* erproben



Im Idealfall arbeitet die Grundschule mit Eltern eng und gut zusammen. Stellt ein von Medien gestützter Unterricht diese Kooperation vor neue Herausforderungen?

Das hat KSA den Verband Bildung und Erziehung gefragt. Hier seine Antwort.

Kinder und Jugendliche wachsen heute unter dem Motto „Erwarte das Unerwartete“ auf. Sie werden z.B. Berufe, die es heute noch gibt, später nicht mehr ergreifen können, weil diese dann verschwunden sind. Gleichzeitig erweitern sich die Möglichkeiten der persönlichen Lebensführung jeden Tag. Für diese Entwicklungen ist die Digitalisierung verantwortlich. Es ist also für Schüler*innen essenziell, mit digitalen Medien gut umgehen zu können. Deshalb sollten sie kompetent und altersadäquat schon ab der Grundschule damit vertraut gemacht werden, wie sie digitale Medien sicher, sinnvoll und auch kreativ nutzen können.

Es ist Aufgabe der Lehrkraft, im Unterricht die richtige Balance zwischen analogem und digitalem Arbeiten zu finden. Diese Herausforderung zu meistern wird nicht einfacher, wenn die zu den Kindern gehörigen Eltern sehr heterogene Vorstellungen davon haben, wie oft und intensiv digitales Lernen im Unterricht und für Hausaufgaben genutzt werden soll. Während die einen es kaum erwarten können, dass entsprechende Hard- und Software endlich in den Unterricht der Grundschule einzieht, wehren sich andere noch zum Zeitpunkt des Wechsels in die wei-

terführende Schule dagegen. Das birgt auf Elternabenden so manches Konfliktpotenzial. Helfen kann hier die Auseinandersetzung mit den Geräten und Programmen, die eingesetzt werden sollen. Ebenso wichtig ist im Hinblick auf den Datenschutz eine ausführliche Aufklärung der Eltern über die Art, wie Daten weiterverwendet werden.

Es hat sich bewährt, die Eltern in die Schule einzuladen und sie dort alles selbst erproben zu lassen. So können sie am besten nachvollziehen, welches Wissen und Vorgehen beim digitalen Lernen für ihre Kinder wichtig sind, und Vertrauen in die Bearbeitung der Aufgaben durch ihre Kinder entwickeln sowie deren Lernprozesse begleiten.

Bei dieser „Erprobung“ wird oft deutlich, dass die Eltern selbst auf sehr unterschiedlichem Niveau mit digitalen Medien umgehen. Die einen sind darin gut geübt, andere weniger. Um fehlende Kompetenzen auszugleichen und Ängste bei Eltern abzubauen, sollte die Schule ihnen daher niedrigschwellige Fortbildung anbieten. Verstehen die Eltern die verwendeten Geräte und Programme besser, können sie ihre Kinder bei einfachen Fragen auch besser unterstützen.

Die Inhalte solcherart Elternbildung basieren auf Ideen, die in den Klassenpflegschaften, der Schulpflegschaft und der Schulkonferenz gesammelt und besprochen werden sollten. In diesem Prozess sowie bei der Wissensvermittlung selbst können vor allem auch jene Mütter und Väter eine verantwortungsvolle Rolle übernehmen, die an digitale Endgeräte gewöhnt sind bzw. gar aufgrund ihrer eigenen Profession andere daran schulen können.

Die Planung und Durchführung solcher Fortbildungsangebote gelingen dann erfolgreich, wenn Eltern und Lehrkräfte gemeinsam Verantwortung tragen. Überhaupt ist es notwendig, die Beziehung zwischen Eltern und Schule noch kooperativer zu denken. Gerade die Konzepte zur Medienbildung sowie zur Schul- und Unterrichtsentwicklung sollten partizipativ erarbeitet und an die Bedarfe der unterschiedlichen Klassenstufen angepasst werden. Hier müssen auch verschiedene Elterngruppen Gelegenheit zur Beteiligung erhalten.

Und noch einen Einfluss kann die Digitalisierung auf die Elternarbeit der Schule haben: Durch datensichere Kommunikationsplattformen können zeitnah notwendige Besprechungen viel schneller als bisher vereinbart und durchgeführt werden. Digitale Medien ermöglichen auch eine kurzfristige Beteiligung aller Eltern, die sonst nicht an jedem Elternabend teilnehmen könnten wie beispielsweise Alleinerziehende. Immer vorausgesetzt, die digitalen Geräte und die entsprechende Infrastruktur sind vorhanden. Nur wenn das gesichert ist, können wichtige Informationen für alle auf diesem Wege transportiert werden. ■

Anne Deimel, stellvertretende Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung Nordrhein-Westfalen (VBE NRW)



iStockphoto/SbytovaMN

An „irrer Aufholjagd“ BETEILIGT

iStockphoto/Baweg



Schulen in Deutschland hängen im internationalen Vergleich hinterher, wenn's „ums Digitale“ geht.

Das soll sich ändern, sagt die Politik – aber sie schickt die Schulen für eine bessere Ausstattung auf lange Wege. Die Wirtschaft bietet dagegen schnelle Lösungen, die aber auch Fragen aufwerfen.

In den Schulen findet eine „irre Aufholjagd“ statt. Auch in den Grundschulen. Das meint Brandenburgs Kultusministerin Britta Ernst, die gegenwärtige Präsidentin der Kultusministerkonferenz. Deutschland, dieser große Industriestandort, hetze außer Atem Ländern wie Dänemark und Estland hinterher, stellte sie fest. Mit Laptops und Tablets, Smartboards und Glasfaserkabeln wird darum gekämpft, unsere Kinder und Jugendlichen fit zu machen für einen von Digitalisierung bestimmten Markt.

ERFAHRUNGEN IM LOCKDOWN

Wenn heute der Rückstand deutscher Bildungseinrichtungen beklagt wird, geht's nicht mehr um zu große Klassen, fehlende Lehrkräfte oder marode Klos und Klassenzimmer, sondern um fehlende Hardware, zu schwaches WLAN und mangelnden Internet-Support. Dieser Debatte hat Corona einen neuen Schub gegeben. Und sie ein wenig entideologisiert. Viele Skeptiker*innen der Digitalisierung haben verstanden, dass das Internet ein Kommunikationsweg sein kann,

vor allem, wenn die unmittelbare Begegnung unmöglich geworden ist. Und viele Euphoriker*innen der Digitalisierung haben verstanden, dass kein Computer das Lernen in sozialen Zusammenhängen und im persönlichen Kontakt ersetzen kann.

Im Homeschooling gab es Lehrkräfte, die gelegentlich mal Hausaufgaben als PDF-Datei an ihre Klassen verschickt haben. Es gab aber auch Lehrkräfte, die jeden Morgen ihre Schüler*innen vor den Bildschirmen versammelten, den Kindern Aufträge zuteilten und ihnen am nächsten Tag Rückmeldung zu den empfangenen Ergebnissen gaben. Solche Lehrkräfte erstellten auch Videos und ließen ihre Kids in Gruppen etwa an Wetterbeobachtungen arbeiten oder kleine digitale Bücher zusammenstellen. Die Digitalisierung öffnet also durchaus Felder für Eigeninitiative – aber sie stellt die (Grund)Schule auch vor viele Fragen und Probleme. Welche Kommunikationssoftware kann ich einsetzen, die datenschutzkonform ist und trotzdem genug Gestaltungsspielraum bietet? Welche Lernprogramme taugen wofür?

TÖPFE FÜR DIE ANSCHUBFINANZIERUNG

2019 stellte die Bundesregierung über fünf Jahre fünf Milliarden Euro für den „Digitalpakt Schule“ bereit. Mit diesem Basisprogramm sollen Schulträger vor allem Hardware für ihre Bildungseinrichtungen anschaffen. Bis Ende Juni 2021 wurden aber erst 189 Millionen Euro abgerufen. Dahinter steckt kein böser Wille, sondern eine komplexe Problematik: Hardware allein macht den Kohl nämlich nicht fett – das Ganze muss auch eingerichtet und gepflegt werden. Die Sicherstellung (und Folgekosten) von Betrieb, Support und Wartung der IT in Schulen liegt wiederum bei den Schulträgern.

So verfängt sich das Basisprogramm erstmal im Gestrüpp der Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden. Im Prinzip hat der Bund in den Schulen ohnehin nichts zu melden. Es wurde sogar eigens das Grundgesetz geändert, damit er wenigstens im Einvernehmen mit den Ländern überhaupt Geld für die Digitalisierung der Schulen bereitstellen durfte.

Im Corona-Jahr 2020 hatte der Bund dann nochmal drei Zusatzprogramme zu jeweils 500 Millionen Euro aufgelegt:

- Der Topf für Endgeräte für Schüler*innen wurde fast vollständig ausgeschöpft.
- Aus dem Topf für die Anschaffung von Computern für Lehrkräfte wurden bisher schmale 192 Millionen abgerufen. Mög-

licherweise weil sowieso jede Lehrkraft zu Hause schon einen Rechner hat und sich gern auf den verlässt – nur dürfte das Gerät aus Datenschutzgründen für die schulinterne Kommunikation eigentlich gar nicht benutzt werden.

► Bleibt noch der dritte Topf für die IT-Administration der Systeme in den Schulen – der mit gerade mal 8.800 Euro in Anspruch genommen wurde! Es heißt, Covid 19 habe die Techniker*innen und Handwerker*innen daran gehindert, in die Schulen auszurücken. Von deren Seite wiederum waren Installationsarbeiten im Lockdown wohl ohnehin nicht denkbar...

LANGE WEGE IM SYSTEM

Neben diesen Problemen fehlen aber vor allem weiterhin gute Konzepte für die Umsetzung einer „Bildung in der digitalen Welt“. Welche Kompetenzen und Fähigkeiten brauchen junge Menschen? Schließlich sollen sie nicht nur lernen, mit digitalen Medien umzugehen und diese kreativ zu nutzen, sondern sie sollen auch verstehen, wie die Digitalisierung die Welt, die Kommunikation untereinander und die sozialen Beziehungen verändert und auch, welche Gefahren von ihr ausgehen können. Für diese Ziele müssen alle Lehrpläne auf den Prüfstand. Und dazu methodische Konzepte auf den Tisch. Und die Lehrkräfte brauchen entsprechende Aus- und Fortbildung. Das betrifft ausdrücklich schon die Grundschulen.

In unserem System läuft das dann so: Jede einzelne Schule entwickelt ihr Digitalisierungskonzept. Die Konzepte werden dann vom Schulträger (bei den öffentlichen Schulen die Kommunen) geprüft, gesammelt und zu einem Plan gebündelt. Der geht dann über die Bezirksregierungen in die Kultusministerien. Also kein Wunder, dass über Jahre kaum was passierte. Rühmliche Ausnahme: das Land Bremen, das kurzerhand alle Schüler*innen mit einem Tablet versorgt hat. In anderen Bundesländern setzt man lieber auf das Konzept „BYOD – bring your own device“. Alle Schüler*innen sollen also ihre eigenen Computer in die Schule mitbringen. Was natürlich die soziale Schere enorm vergrößert und auch die Lernmittelfreiheit massiv unterhöhlt.

Die Digitalisierung ist wahrlich nicht die einzige Baustelle in den Grundschulen, für die Geld gebraucht wird: Die Inklusion von Menschen mit Behinderung, die Integration von Kindern mit anderen Muttersprachen, die Verkleinerung der Klassen, die Ganztagsbetreuung, der Bau fehlender Gebäude und

Klassenräume und und und. Da ist es schon merkwürdig, dass der Bund nur für die Digitalisierung ein Sonderprogramm finanziert.

DER MARKT ENTDECKT DIE SCHULEN

Man könnte den DigitalPakt Schule auch als das „Ergebnis einer langjährigen Kampagne der führenden Hard- und Softwarehersteller“ deuten, meint der Frankfurter Sozialwissenschaftler-Didaktiker Tim Engartner.¹ In der Tat scheinen die großen Anbieter von IT-Technik nur auf den DigitalPakt gewartet zu haben. „Samsung Neues Lernen“ etwa preist seine Angebote für die Schulen aller Altersstufen so an: „Mit unserem Lösungspaket folgen wir der Leitidee des DigitalPakt Schule, die offene, flexible und erweiterungsfähige Unterrichtslösungen fordert. Sie haben die Wahl: ob Klassensatz im Koffer, eine 1:1-Ausstattung der Schüler*innen, Bring-your-own-device-Szenarien oder Mischbetrieb mit unterschiedlichen Betriebssystemen.“

Apple bietet im „Apple Store Bildung“ seine Geräte für Schüler*innen preiswert an, Lehrkräfte bekommen kostenlose Weiterbildung mit Apple-Produkten. Setzt eine Schule jedoch auf Apple mit seinem Betriebssystem, so müssen die Schüler*innen nachziehen, denn mit Windows oder Android wären sie nicht mehr kompatibel. Im Unterricht soll dann mit der Apple-eigenen „Classroom-App“ gearbeitet werden. Die läuft natürlich auch nur mit Endgeräten von Apple, genau wie die App „Schoolwork“. Damit können Hausaufgaben verteilt und eingesammelt werden, für die Lehrkräfte eine enorme Erleichterung. Außerdem verspricht ihnen die App, dass sie auf den individuellen Lernfortschritt jedes einzelnen Kindes besser eingehen können.

ES BLEIBT EIN „GESCHMÄCKLE“

Auch Google bietet umfangreiche Softwarepakete an: für die Zusammenarbeit in der Klasse, für das Erlernen von „Coding“ (Programmieren) und für den Einsatz im Unterricht. Unter anderem Google, die Telekom-Stiftung, der Software-Gigant SAP und Microsoft stehen auch hinter der Firma Calliope. Die zielt mit ihrem „Calliope mini – der kleine Computer für große Ideen“ auf Grundschulen. Auf der Internetseite für den Minicomputer heißt es, dass er „extra so entwickelt (wurde), dass er schon von Kindern ab der dritten Klasse genutzt werden kann.“ Auch für einfache Programmieraufgaben. Die meisten Edi-

toren, mit denen darauf gearbeitet werden kann, sind kostenfrei verfügbar (open source). Pädagogisch also durchaus sinnvoll. Aber durch die privatwirtschaftliche Einbindung bleibt ein „Geschmäcke“: Calliope hat Tau-sende Minicomputer an Schulen verschenkt. Gesche Joost, eine der Gründerinnen, beteuert zwar, dass es keinen Kontakt der Unternehmen mit den Schulen geben und kein operatives Interesse damit verfolgt werde. Aber natürlich geht es den Geldgebern darum, dass die künftigen Arbeitskräfte, die in den Schulen heranwachsen, ihren Anforderungen gerecht werden. Joost wünscht sich auf der Firmenwebseite von Calliope nur, „dass digitale Bildung ab der Grundschule als fester Baustein im Curriculum verankert und von den Ländern angemessen budgetiert wird“. Dazu mutmaßt Rainer Stadler in der „Süddeutschen Zeitung“: „Mit anderen Worten: Das Privatunternehmen versucht mit seiner Schenkung, die Lehrpläne an den Schulen zu verändern. Bisher waren dafür die Kultusministerien verantwortlich.“

/// Mit dem beschlossenen DigitalPakt Schule und den damit verbundenen Milliarden eröffnen die Kultusministerien nun einen neuen Markt – und weiten die Schultore für privatwirtschaftliche Aktivitäten.

FAZIT

Die Kultusministerien haben bisher Werbung an Schulen unterbunden oder zumindest streng geregelt. Mit dem beschlossenen DigitalPakt Schule und den damit verbundenen Milliarden eröffnen sie nun einen neuen Markt – und weiten die Schultore für privatwirtschaftliche Aktivitäten. Es wird also höchste Zeit, dass nun auch die Marketingaktivitäten und Softwareangebote der Konzerne an den Schulen öffentlicher Kontrolle unterworfen werden. Besser noch: dass firmenunabhängige und datenschutzkonforme Angebote entwickelt werden. Andernfalls werde der „digital turn“ zum trojanischen Pferd der Unternehmen, so befürchtet Sozialwissenschaftler-Didaktiker Tim Engartner. Und das ginge dann zu Lasten der Bildungsrepublik Deutschland. ■

Karl-Heinz Heinemann,
Fachjournalist für Bildung, Köln

¹ Tim Engartner: Ökonomisierung schulischer Bildung, Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2020, S. 33



Digitale Kindheit

Auf die Dosis KOMMT ES AN

Wie digital sind Kinder im Grundschulalter außerhalb der Schule unterwegs? **Verschiedene regelmäßige Erhebungen geben darüber Aufschluss, beispielsweise die KIM-Studie¹ für das Jahr 2020.**

Dass Kinder im Grundschulalter in ihrer Freizeit digitale Medien nutzen, ist vielen so selbstverständlich geworden wie das Zähneputzen. Das zeigt auch die aktuelle KIM-Studie. Sie wirft zunächst einen Blick auf die mediale Ausstattung von Familien mit sechs- bis 13-jährigen Kindern in Deutschland und zeigt: Diese Haushalte haben *alle* ein Fernsehgerät sowie jeweils 99 Prozent einen Internetzugang, ein Handy bzw. Smartphone und einen Laptop bzw. PC.

Jedes zweite Kind zwischen sechs und 13 Jahren ist sogar mit einem *eigenen* Smartphone bzw. Handy ausgestattet. Genutzt werden dabei überwiegend drei Funktionen: (Fast) täglich versenden oder empfangen gut 40 Prozent der Kinder Textnachrichten. Knapp ein Drittel telefoniert ein- oder mehrmals in der Woche mit den Eltern. Und rund 60 Prozent der Kinder spielen Spiele aus dem Internet. Beim Zeitvertreib der Kinder belegt das Fernsehen immer noch den Spitzenplatz: Fast alle Sechs- bis 13-Jährigen (94 Prozent) sehen täglich oder mehrmals wöchentlich fern – im

Durchschnitt 58 Minuten pro Tag. Auch Streamingdienste wie Netflix u.ä. nehmen bei Kindern eine herausragende Stellung ein. Immerhin 44 Prozent der Haushalte mit Kindern besitzen ein kostenpflichtiges Abo, das der Nachwuchs durchschnittlich 24 Minuten pro Tag nutzt.

Zudem spielt das weltweite Netz für Sechs- bis 13-Jährige eine wichtige Rolle. Hier schauen sie sich besonders gern Filme, Videos und Serien an. Entsprechend belegt bei ihnen YouTube Platz 1 der beliebtesten Internetseiten, gefolgt von Google.

Alter in Jahren	Anteil Nutzer*innen regelmäßig ein- oder mehrmals wöchentlich	Dauer im täglichen Durchschnitt
6 - 7	52 %	14 Minuten
8 - 9	41 %	29 Minuten
10 - 11	42 %	53 Minuten

Generelle Teilnahme im Internet von Kindern im Grundschulalter

Bei den Sechs- bis 13-Jährigen fallen in der KIM-Studie weitere Befunde auf: So ist beispielsweise mehr als die Hälfte (56 Prozent) im Internet ganz allein unterwegs, also ohne Freunde und ohne Erwachsene. Außerdem hat die besondere Schulsituation im Corona-Jahr 2020 in dieser Altersgruppe die Zeit, die sie im Internet verbrachte, kaum verändert: Durchschnittlich blieb es am Tag bei 46 Minuten (Befragungszeitraum: Herbst 2020).

Ein Teil ihrer Internet-Zeit widmen Kinder auch der Erledigung schulischer Aufgaben. Hier zeigt die Studie: Lediglich 6 Prozent der Sechs- bis Siebenjährigen recherchiert für die Schule allein im weltweiten Netz. Bei den Acht- bis Neunjährigen sind es schon 24 Prozent – und bei den Zehn- bis Elfjährigen bereits 47 Prozent. Die unbegleitete Internetnutzung für die Schule nimmt im Grundschulalter also deutlich zu.

Möglicherweise haben auch die Pandemie und das Homeschooling daran einen Anteil. In diesem Zusammenhang zeigt sich aus China, wo ein Studienteam jährlich die Sehkraft von Kindern im Grundschulalter untersucht, für das Coronajahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr noch ein anderer Befund: Die Kurzsichtigkeit ist sprunghaft angestiegen. Der Anteil fehlsichtiger Sechsjähriger wuchs von 5,7 auf 21,5 Prozent, bei den Siebenjährigen von 16,2 auf 26,2 Prozent und bei den Achtjährigen von 27,7 auf 37,2 Prozent. In Deutschland fehlen entsprechende Erhebungen. Aber Expert*innen halten auch hier mehr Kurzsichtigkeit durch das Homeschooling für denkbar – weil der Abstand vom Auge zum Bildschirm kürzer ist als z.B. zur Tafel und das Auge am Bildschirm zudem weniger in die Ferne schweift.

Deshalb müssen digitale Medien nicht aus der Kindheit verbannt werden. Aber es muss ein Ausgleich vorhanden sein – nicht nur fürs Auge, sondern generell fürs Kind. Hier stimmen uns nun die folgenden Antworten der Sechs- bis 13-Jährigen aus der Kim-Studie zuversichtlich: Treffen mit Freundinnen und Freunden haben für die allermeisten Kinder einen bleibend hohen Stellenwert. Und auch „drinnen und draußen spielen“ gehört weiterhin zu ihren liebsten Freizeitaktivitäten! ■

Marina Haßelbusch, Journalistin

¹ KIM-Studie 2020, Kindheit, Internet, Medien – Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger, Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs), Stuttgart, Mai 2021

Draußen Schule machen

Digitale Bildung wird vermehrt in der Grundschule Einzug halten, schon weil sie sich an den Interessen und lebensweltlichen Erfahrungen der Kinder orientieren soll und will. Gleiches gilt für andere innovative Lernformen, die als Gegengewicht dann möglicherweise umso wichtiger werden. Zum Beispiel die „Draußenschule“.

Schule sollte viel häufiger unter freiem Himmel stattfinden. Davon sind engagierte Verfechter*innen der „Draußenschule“ nach skandinavischem Vorbild überzeugt.

Auch die Alfred-Delp-Schule, eine vierzügige Grundschule in Mannheim, hat damit positive Erfahrungen gemacht. Sie begannen 2015 mit einem Modellversuch, bei dem zunächst einige Klassen alle 14 Tage einen Vormittag im Freien lernen konnten. Bald darauf gingen alle Klassen mit der Grundschullehrerin und Waldpädagogin Carolin Rückert regelmäßig in einen nahegelegenen Wald, um sich dort ganz praktisch mit Themen aus dem Sach-, Mathe-, Deutsch- oder Kunstunterricht zu beschäftigen.

Meistens steht ein Hauptthema im Mittelpunkt, etwa das Hebelprinzip aus dem Sachunterricht. Hierfür können die Kinder z.B. an einer Wippe auf dem Waldspielplatz die Wirkung eines zweiseitigen Hebels erkunden und die Bedeutung von Kraft (Gewicht) und Abstand zur Drehachse erproben. Der Wald kann aber auch für ein bewegungsreiches „Schleichdiktat“ genutzt werden. Dafür befestigt die Lehrkraft sechs aufgeschriebene Sätze an sechs verschiedenen Bäumen. Nun

sucht sich jedes Kind einen Baum seiner Wahl aus, liest „seinen“ Satz, merkt sich ihn, kehrt zu einem Ausgangspunkt zurück und schreibt den Satz dort auf.

„Das Lernen draußen ist viel nachhaltiger, es bleibt deutlich mehr hängen. Und die Kinder sind auch motivierter und entspannter, das macht das Unterrichten einfacher“, sagt Carolin Rückert. Sie hat das Draußen-Programm stets vorbereitet und die Klassen – jeweils 23 bis 26 Schüler*innen mit ihrer entsprechenden Klassenleitung – in den Wald begleitet. „Es müssen immer zwei Erwachsene pro Gruppe dabei sein, eine Lehrkraft reicht nicht aus. An unserer Schule stammen die Stunden für die zweite Lehrkraft aus dem Stundenpool für die zusätzliche Förderung einzelner Kinder“, berichtete die Pädagogin zum Zeitpunkt unseres Gesprächs. Mittlerweile hat sie als Lehrerin an eine private Grundschule in Ladenburg gewechselt, die der Verein „Draußen lernen“ mit einem besonderen Konzept eröffnet hat: Hier wird täglich im Wechsel drinnen und draußen unterrichtet. Nach langjähriger Erfahrung ist Carolin Rückert davon überzeugt, „dass Natur als Lern- und Erfahrungsraum die Kompetenzen der Kinder in allen Bereichen nachhaltig stärkt und bereichert.“ Deshalb hat auch die staatliche Alfred-Delp-Schule ihre Waldpädagogik beibehalten.

Solche Konzepte sind auch von wissenschaftlichem Interesse. Die Universität Mainz hat zum Beispiel vor einigen Jahren ein Modellprojekt untersucht, in dem je eine Grundschule in Schorfheide (Brandenburg), in Niederahr (Rheinland-Pfalz) und in Stuttgart (Baden-Württemberg) einmal wöchentlich den Unterricht für einige Klassen draußen durchführte. Ergebnis: Bei den Kindern gab es sehr große Zustimmung, insbesondere in der Stuttgarter Schule. Die Kinder fühlten sich entspannter, weil sie die Art der Wissensvermittlung oft gar nicht als Lernen wahrnahmen und sich zudem mehr bewegen konnten als im Klassenraum. Auch über 90 Prozent



iStockphoto/omgimages

der Eltern fanden das positiv. Festgestellt wurde zudem: Nicht nur das Wissen der Kinder über die Natur und ihr Interesse daran sind deutlich gewachsen, sondern auch die Kontakte untereinander waren im Wald intensiver als im Klassenzimmer.

„Ohne die feste Raumaufteilung im Klassenraum gibt es häufigere Kommunikationsanlässe – und es ist auch mehr Interaktion nötig“, bestätigt der Lehrer und Erziehungswissenschaftler Johannes Plotzki. Er hat die Initiative „Landschaftsabenteuer“ gegründet, die mit Schulen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zusammenarbeitet. Heißt: Für sie gestaltet das naturpädagogische Team der Initiative zusammen mit den jeweiligen Klassenleitungen einmal die Woche den Sachunterricht draußen. Plotzki legt Wert darauf, dass die Draußenschule in der Nähe des Schulgebäudes stattfindet. So ist das Ziel fußläufig in kurzer Zeit erreichbar, und die Kinder können diesen Platz auch in ihrer Freizeit nutzen. Scheiden damit Schulen in innerstädtischer Lage aus? „Nein, denn die Draußenschule kann auch in einem Park oder selbst auf dem Schulhof durchgeführt werden“, sagt Plotzki. Er berichtet davon, dass das Interesse von Schulen an einem Unterricht an der frischen Luft wächst – und das nicht erst seit der Corona-Pandemie. Finanziert wird die Arbeit der Naturpädagogen durch verschiedene Stiftungen, zudem übernehmen die jeweiligen Schulvereine einen geringen Eigenanteil. Manche Schulen setzen inzwischen das Draußenschul-Konzept in Eigenregie um. Plotzki: „Das finde ich gut. Je mehr Klassen rausgehen, umso besser.“ ■

Joachim Göres



iStockphoto/mmg1 design



„General Comment Nr. 25“

Kinderrechte in der digitalen Welt

Spätestens im Grundschulalter gehört die digitale Welt zum Lebensraum vieler Kinder. Aber wie steht es dort mit den Kinderrechten? Diese Frage beantwortet der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen in einer **Allgemeinen Bemerkung**. Dieser „General Comment Nr. 25“ ist für das staatliche Handeln und auch für die Arbeit von Institutionen wie dem Kinderschutzbund richtungsweisend.

Der Anblick von Kindern, die eifrig mit einem Handy hantieren, löst bei Erwachsenen häufig zuerst Beschützerinstinkte aus. Mobbing, Anmache, Abzocke, grausame Videos, Manipulation, Sucht, Missbrauch von Fotos und Daten – die Liste der möglichen Gefahren, die im Internet lauern, ist schier endlos. Schutz und Sicherheit stehen natürlich auch auf der Agenda des Kinderrechtsausschusses. Aber dem auf Schutz gerichteten Ansatz fügt das Gremium sehr deutlich die Rechte der Kinder auf die vielen Chancen und Möglichkeiten der digitalisierten Welt hinzu.

Zusammengefasst: Alle Kinder sollen gleichberechtigt, frei von Diskriminierung und ohne Einschränkungen Zugang zur digitalen Welt erhalten und auch dort ihre Rechte ausüben können. Der Ausschuss fordert die Staaten

auf, Kindern auch hier sichere Räume sowie alle Entfaltungsmöglichkeiten anzubieten, die ihren jeweiligen Fähigkeiten entsprechen. Das muss nicht staatlich organisiert werden, solche Freiräume könnten z.B. auch der Kinderschutzbund oder Schulen einrichten. Daneben schützen weitere Instrumente vor neuen Formen der Gewalt, der Unterdrückung, der Diskriminierung, der Verfolgung usw. Zu diesen Instrumenten zählt der UN-Ausschuss Gesetze, technische Mechanismen (wie Filterprogramme, Altersverifikationssysteme, Begrenzung der Nutzungsdauer) und Beschränkungen kommerzieller Angebote (gegen Datenraub, Tracking etc.) – aber auch die Fähigkeit der Kinder, sich selbst zu schützen.

Der Kinderschutzbund sieht bei all diesen Punkten in Deutschland teils erheblichen Nachhol- und Ergänzungsbedarf, insbesondere bei der Förderung und Stärkung der Kinder.

Das ist vorrangig eine Aufgabe der Eltern (auch in der digitalen Welt gilt: Starke Eltern – starke Kinder®) sowie von Lehrkräften, pädagogischen Kräften in der Kita und anderen in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Fachkräften. Sie sollen in den Stand versetzt werden, diese Aufgabe kompetent zu bewältigen. Die dazu nötigen Voraussetzungen müssen die Gesetzgeber schaffen, fordert der Kinderrechtsausschuss. Das bedeutet: Aus- und Fortbildung für die Erwachsenen, damit Kindern und Jugendlichen spezifische Bildungs- und Freizeitangebote gemacht werden können.

Der Kinderschutzbund begleitet die Gesetzgebung und ist bestrebt, den Selbstschutz und die Fähigkeiten der Kinder zu stärken – und die dafür nötigen fachlichen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen einzufordern.

Die digitalisierte Umwelt eignet sich gut, Kinder (für die Vereinten Nationen: alle unter 18 Jahren) an solchen Prozessen zu beteiligen. Mitreden, verbinden, verbünden und die Stimme erheben gehören zum Internet. Das belegt ein Blick darauf, wie Fridays for Future agiert und welche Reichweite politisch geprägte Influencer haben. Von jungen Menschen selbst organisierte Formen demokratischer Meinungsäußerung und Mitbestimmung funktionieren, während digita-



iStockphoto/Dina Morozova

Die Partizipation von unter 18-Jährigen im etablierten politischen Prozess (aber auch bei Verbänden ...) noch Neuland ist. Die 25. Allgemeine Bemerkung des UN-Kinderrechtsausschusses ist daher eine mächtige Forderung, es künftig besser zu machen.

Man sieht: Auch der digitale Anteil des Kinderlebens ist durchdrungen vom Kinderrechte-Dreiklang aus Schutz, Förderung und Partizipation – wobei wir in der Pandemie gelernt haben, viel mehr Augenmerk und Energie auf Förderung und Teilhabe zu richten. Denn die Bildungsungerechtigkeit ist im Homeschooling größer geworden. Bis heute fehlen für digital gestützten Unterricht Konzepte, die über den Versand von PDF-Dateien der bisher papiernen Arbeitsblätter hinausgehen und auch in einem irgendwann wiedergekehrten Schulalltag fortwirken. Digitale Plattformen, um vor allem Jugendliche mit ihren Anliegen hör- und sichtbar zu machen, waren – und sind – rar.

Fürs Leben lernen, das schließt die digitale Umgebung ein. Sie umfasst nicht nur Messenger, Games und Social Media, sondern alles, was auf dem Smartphone installiert ist – und das Smartphone selbst als Bewegungsmelder, Spielekonsole und Fernsehgerät, als smarte Uhr, persönlichen Alltagsassistenten (Alexa, Siri), Zugang zu Shops und Tauschbörsen. Hinzu kommen bisher analoge Tätigkeiten: bezahlen, buchen, ausweisen, in Cyberwelten verabreden und spielen.

Es ist eine Umwelt, die nicht für Kinder, sondern für Erwachsene gestaltet wird. Da bedarf es eines starken gesellschaftlichen und politischen Willens, vom Grund auf kindgerechter zu handeln: dem Alter angemessene Sprache und Bedienelemente, leicht erreich-

bare Hilfe und gut verständliche Prozesse – was vor allem den kommerziellen Plattformen nicht schmeckt. Aber unter Druck lassen sich sowohl rechtliche als auch unternehmerische Initiativen durchsetzen. In Großbritannien ist jetzt zum Beispiel die Vorschrift voll in Kraft, alle Online-Angebote auf die Bedürfnisse und den Schutz von Kindern auszurichten. Bei Zuwiderhandlung drohen Anbietern Strafen bis zu vier Prozent ihres Jahresumsatzes. Sie müssen ihr digitales Angebot u.a. am Kindeswohl ausrichten, das Datensammeln auf ein Minimum reduzieren sowie es Kindern leicht machen, die Website auf „maximale Sicherheit“ einzustellen. Nach diesem Vorbild haben die Niederlande einen Leitfaden vorgestellt, nach dem Designer*innen und Entwickler*innen von Online-Angeboten den Schutz der Kinderrechte in Plattformen, Apps und Spiele integrieren können. Noch ist dieser „Code“ kein Gesetz. Er macht aber deutlich, wie Gesetze in der digitalen Welt umzusetzen sind, und gibt Unternehmen zudem Zeit, sich darauf einzustellen.

Mit Blick auf Kinder geht es eben nicht um Verbote und Einschränkungen, sondern darum, dass sie sich in der neuen Welt sicher und altersgerecht (den zunehmenden Fähigkeiten entsprechend) bewegen, sie kennenlernen und sie sich erschließen können. Was schon schwierig wäre, ohne dass sich diese Umgebung mit atemberaubendem Tempo entwickelt. Tut sie aber. Deshalb nimmt der Kinderrechtsausschuss die Staaten und alle Verantwortlichen in die Pflicht, mit der Entwicklung Schritt zu halten – nicht nur bei der frühzeitigen Erkennung von Risiken, sondern auch von Chancen. Denn auch über den digitalen Weg können Wissen erschlossen, Neuig-



iStockphoto/Pahis

keiten transportiert und Bildung in entlegene Gegenden gebracht werden. Auch er kann also Inklusion, Zusammenschlüsse und Partizipation fördern. All diese Chancen nutzen zu können, ist elementarer Bestandteil vieler Kinderrechte.

Mit zunehmendem Alter möchten Kinder immer weniger behütet werden und immer freier unterwegs sein in der analogen wie digitalen Welt. Dazu müssen sie sich emanzipieren können von der Aufsicht durch Eltern und Betreuende.

Auch die Erwachsenen müssen ihre Kompetenzen erweitern – oder wie es der Kinderrechtsausschuss formuliert: sich „digital alphabetisieren“. Ihre größte Herausforderung ist es, Kinder und Jugendliche aufmerksam zu begleiten, sie anzuleiten – und nach und nach loszulassen. Auch das ist das Recht der Kinder. ■

Joachim Türk, Redaktion

Grundschule: Recht auf Ganztags- betreuung kommt!

Vorgesehen war er längst, jetzt soll er endlich kommen: der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Jedes Kind, das ab Sommer 2026 in die erste Klasse eingeschult wird, soll in den ersten vier Schuljahren das Recht auf einen Ganztagsplatz haben. Dieser Anspruch (acht Stunden pro Tag) soll dann mit jedem neuen ersten Jahrgang „hochwachsen“.

Auf den Kinderschutztage in Hannover war noch unklar, ob Bund und Länder im Vermittlungsausschuss eine Einigung über die Finanzierung der Kosten erzielen werden. Dafür blieb ihnen am 6. September bis Mitternacht Zeit. DKSB-Vizepräsidentin Ekin Deligöz war an den Verhandlungen beteiligt, dann twitterte sie glücklich: „Das Recht auf #Ganztagschule kommt. Gut für Kinder, gut für Eltern, gut für unsere Gesellschaft.“ Noch in der gleichen Woche haben Bundestag und Bundesrat dem Rechtsanspruch zugestimmt.

Wie geht's weiter? Bildung ist Ländersache. Der Bund wird die Betriebskosten der Ganztagsbetreuung aber nun stufenweise bis zu 1,3 Milliarden Euro pro Jahr (ab 2030) bezuschussen und sich mit bis zu 3,5 Milliarden Euro auch am Aufbau der Angebote beteiligen.

An vielen der rund 15.000 deutschen Grundschulen fehlen die Angebote bisher, gerade in Westdeutschland. Vor allem aber werden dauerhaft pädagogische Fachkräfte fehlen. Wie also soll eine qualitätsvolle Ganztagsbetreuung sichergestellt werden? ■ **sd**

Begegnung, Diskussionen *und starke Signale*

Spannende Diskussionen, richtungsweisende Beschlüsse sowie viel kollegialer Austausch haben die diesjährigen Kinderschutztage vom 3. bis 5. September 2021 geprägt.

Zum zweiten Teil dieses jährlichen Höhepunktes konnten knapp 200 Delegierte in Hannover endlich wieder in Präsenz zusammenkommen. Dabei haben sie mit größter Geschlossenheit auch starke Signale nach außen gesandt.

DIE TAGE DAVOR

Die Kinderschutztage samt Versorgung der Teilnehmer*innen jedes Jahr in einer anderen Stadt auf die Beine zu stellen, erfordert viel logistisches Geschick sowie gute Kooperation mit dem jeweiligen Landes- und Ortsverband. Der Bundesgeschäftsstelle ist das selbst unter Pandemie-Bedingungen wieder gut gelungen.

In diesen Tagen im herbstlichen Hannover gilt für alle 3G – nur wer geimpft, genesen oder tagesaktuell getestet ist, erhält Zugang. Darauf hatte am 20. Mai 2021, als der DKSB den ersten Teil seiner Mitgliederversammlung digital abhielt, niemand achten müssen. Man schaltete sich einfach online dazu, um u.a. über die Finanzen und andere Erfordernisse der verbandlichen Arbeit zu beschließen. Gut, dass diese „Regulieren“ im Septem-

ber schon vom Tisch sind, das schafft in Hannover viel Raum für die inhaltliche Arbeit und zwischenmenschliche Begegnung.

Den Auftakt macht der **Bundesvorstand** mit seiner Sitzung am 2. September. Viel Raum beanspruchen dabei letzte Änderungen an der Resolution „Kinder haben Armut nicht gewählt“, die in die Mitgliederversammlung eingebracht werden soll. Und ebenso formuliert das Gremium einen Zwischenruf zur aktuellen Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie, auch diesen Text sollen die Delegierten am Samstag beschließen. Am Abend sind dann Landesvorstände, Ehrenmitglieder und weitere Gäste vom Bundesvorstand zu einem gemeinsamen Essen geladen. An allen Tischen laufen angeregte Gespräche, begleitet von großer Wiedersehensfreude.

Einen Vormittag später, es ist der 3. September, konferieren die **Landesvorstände** zunächst miteinander und im Anschluss zusammen mit dem Bundesvorstand. Herzstück dieser Sitzung ist die Wahl der künftigen Sprecher*innen der Landesvorsitzendenkonferenz (LVK). Bisher bekleiden dieses Amt **Johannes Schmidt**, Vorsitzender des LV Niedersachsen, und seine Stellvertreterin **Ulrike Leyh**, Vorsitzende des LV Berlin. Beide haben ihre Funktion in der LVK über 20 Jahre mit Bravour wahrgenommen und das Gremium in dieser Zeit zu einer konstruktiven Wechselwirkung mit den Orts- und Kreisverbänden sowie dem Bundesverband geführt. Nun wollen sie das Staffelholz an ein neues Team weiterreichen. Dafür stehen zwei Kandidatinnen bereit: **Susanna Kaiser**, die Landesvorsitzende aus Bayern, für das Amt der Sprecherin, so-



wie als Stellvertreterin **Prof. Dr. Gaby Flösser**, die Landesvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen. Beide Frauen werden wie vorgeschlagen und ohne Gegenstimme gewählt. Glückwunsch und auch ihnen gutes Gelingen! Und weil die Landesvorsitzenden beim Wählen gerade in Schwung sind, stimmen sie auch gleich darüber ab, wen sie am nächsten Tag fürs Präsidium der Mitgliederversammlung vorschlagen möchten: das neue Tandem Kaiser und Flösser sowie als Dritten im Bunde Johannes Schmidt, allesamt „alte Hasen“ in Sachen Versammlungsleitung.

DIE FACHFOREN

Am Freitagnachmittag stehen dann drei Fachforen auf dem Programm, an denen angemeldete Kinderschützer*innen teilnehmen. Auch das ist Tradition auf den Kinderschutztagen: die breite Meinungsbildung zu verbandsrelevanten Themen am Vortag der Mitgliederversammlung. Bereits zu diesem Zeitpunkt ist klar, dass sich nicht alle, die ihr Kommen zu den Kinderschutztagen avisiert hatten, nach Hannover auch „durchschlagen“ können – denn ausgerechnet in diesen Tagen streikt die Bundesbahn in Deutschland! Dennoch sind die Fachforen gut besucht.

Fachforum 1 wird von Bundesvorstandsmitglied **Prof. Dr. Beate Naake** geleitet. Hier verläuft das Gespräch über die vorliegenden *satzungsändernden Anträge* so fruchtbar, dass am nächsten Tag der Mitgliederversammlung modifizierte Textstellen direkt vorgeschlagen werden können.

Fachforum 2 setzt sich unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied **Joachim Türk** mit der *Einführung eines gemeinsamen Mitgliederzeichnisses* auseinander. Es wird sehr lebendig und teils auch kontrovers diskutiert.

Fachforum 3 widmet sich der *Weiterentwicklung der Verbandszeitschrift KSA*. Hierzu trägt die schleswig-holsteinische Landesvorsitzende **Irene Johns** vor, die auch Sprecherin des Bundesfachausschusses KSA ist. Dieses Gremium entwickelt derzeit Empfehlungen für die Zukunft des Heftes, das ab 2023 von einer neuen Chefredaktion geleitet wird. Zu-

nächst hat der Fachausschuss die Leserschaft befragt, was sie an KSA schätzt: z.B. gesellschaftspolitische Aktualität (94 %), Einblicke in den Verband (68 %), Ideen aus der Praxis (52 %). An der Diskussion auf dem Forum wird u.a. deutlich, wie unterschiedlich die Zielgruppen und ihre Erwartungen an KSA sind. Der Fachausschuss gibt auch erste Einblicke ins kommende Layout des neuen Heftes, das dem Bundesvorstand als Herausgeber vorgeschlagen werden soll.

Fachforum 4 befasst sich mit der *(Teil-)Digitalisierung des Elternkurses Starke Eltern – Starke Kinder®*. Das Vorhaben des Bundesverbandes stellt Projektleiterin **Konstanze Butenuth** vor. Im konzeptionellen Kern soll der Elternkurs künftig als Mix von Präsenz-Treffen und Live-Online-Treffen durchgeführt werden können. Zusätzlich soll es eine neue Website mit separaten Bereichen geben, auf der Eltern und Kursleitungen auch digitales Unterrichts- und Fortbildungsmaterial finden können. Klar wird an der Diskussion im Forum: Die Digitalisierung hat viele Vorteile, dazu berichten auch einige Ortsverbände anschaulich von ihren positiven Erfahrungen mit Live-Online-Kurstreffen während der Pandemie. Nachteile wiederum will der Kinderschutzbund mit guter Strategie neutralisieren.

Die Ergebnisse der vier Fachforen werden am nächsten Tag auf der Mitgliederversammlung vorgetragen und fließen in die Beratungen der Anträge ein.

Langjährige gute Verbindung: DKSB-Präsident Heinz Hilgers, Landesvorsitzender Johannes Schmidt, Ministerpräsident Stephan Weil, DKSB-Vizepräsidentin Prof. Sabine Andresen und Oberbürgermeister Belit Onay



◀ **Stabübergabe in der LVK:** Gaby Flösser & Susanna Kaiser mit Johannes Schmidt & Ulrike Leyh (v.l.n.r.)

▼ **Ekin Deligöz:** Eröffnung der Mitgliederversammlung



DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Während DKSB-Vizepräsidentin **Ekin Deligöz** am 4. September Punkt 9 Uhr die Mitgliederversammlung in der Stadthalle Hannover eröffnet und zunächst notwendige Geschäftsordnungspunkte mit den Delegierten „abarbeitet“, steht vor der Stadthalle ein Empfangskomitee des Kinderschutzbundes bereit: **Präsident Heinz Hilgers**, **Vizepräsidentin Prof. Dr. Sabine Andresen** sowie der **niedersächsische Landesvorsitzende Johannes Schmidt**. Und schon können sie Hannovers **Oberbürgermeister Belit Onay** herzlich begrüßen. Kurz darauf trifft auch Niedersachsens **Ministerpräsident Stephan Weil** ein und findet sofort sehr freundschaftliche Worte für den Kinderschutzbund.

Einen Moment später spricht **Stephan Weil** in der Stadthalle vor den Delegierten von seiner langjährig besonderen und positiven Verbindung zum DKSB. Dann wendet er sich aktuellen Themen zu, nennt die Pandemie eine beispiellose Krise und einen Stresstest für die ganze Gesellschaft. „Sie hat uns gezeigt, was sich bewährt hat – und wo die Defizite liegen.“ Es ist still in der Stadthalle angesichts seiner Worte über die viel zu vielen alten



Diskutieren über die Auswirkungen der Pandemie:
Ludwig Ecker, Ekin Deligöz, Doris Möller-Espe
und Dr. Hauke Duckwitz (v.l.n.r.)

band gerade mit Blick auf die schulische Situation von Kindern und Jugendlichen nicht los. Hilgers pointiert: „Das ist bitter – aber offensichtlich finden keine kollektiven Lernprozesse statt. Wir sind heute nicht einen Schritt weiter als letzte Sommerferien.“

Der Kinderschutzbund selbst hat während der Pandemie dagegen viel dazugelernt, berichtet der neue Bundesgeschäftsführer **Daniel Grein** unter anderem. „Unsere Gremien sind auf jeder Verbandsebene z.B. über Video-Konferenzen sogar schneller und effizienter zusammengekommen als vorher. Oder denken wir an unsere digitalen Formate wie den letzten Fachtag oder den 'Salon der Kinderrechte' – diesen aus der Not geborenen Digitalisierungsschub sollten wir mitnehmen in die Zukunft.“

CORONA – RÜCKBLICK UND PERSPEKTIVEN

Ganz sicher gehört der Ausblick des Bundesgeschäftsführers zu den Perspektiven, auch wenn **Doris Möller-Espe** persönliche Zusammenkünfte nicht missen möchte. „Diskussionen und Stimmungen wie hier auf der Mitgliederversammlung live mitzuerleben ist doch noch etwas anderes als nur auf dem Bildschirm“, sagt die Geschäftsführerin des OV Pforzheim Enzkreis. Sie nimmt auch am Podiumsgespräch teil, das Vizepräsidentin **Ekin Deligöz** nun leitet. Die weiteren Gäste auf der Bühne: **Ludwig Ecker**, Vorstandsmitglied des KV Augsburg, sowie **Dr. Hauke Duckwitz**, Vorsitzender des OV Düsseldorf. „Ab Frühjahr 2020 hat Corona das ganze Leben auf den Kopf gestellt. Schulen, Sportvereine, Musikschulen, alles war zu“, beginnt Ekin Deligöz. „In diesem Frühjahr dann das gleiche Bild: Unsere Kinder müssen drinbleiben, damit Erwachsene draußen 'spielen' können.“ Ja, die Bedingungen der Pandemie haben Kindheit und Jugend verändert. Bildungschancen und Teilhabe sind jetzt noch stärker an soziale Herkunft geknüpft. Das stellt der Erziehungswissenschaftler **Prof. Dr. Wolfgang Schroer** von

Menschen, die an oder mit Corona gestorben sind. Und jeder hört auch sehr genau hin, was der Ministerpräsident über Kinder und Jugendliche in der Pandemie sagt: „Die Schulschließungen haben Entwicklungs- und Bildungsrückstände hinterlassen. Vor allem aber hat das Miteinander so bitter gefehlt, dass mir Eltern sogar von Wesensveränderungen bei ihren Kindern berichten.“ Bund und Länder würden jetzt gegensteuern: Erweiterung der schulischen Angebote, individuelle Förderung, Stärkung der sozialen Kontakte – das alles nennt der Ministerpräsident gut. Aber statt von „Aufholprogramm“ spricht er lieber von „Erholungsprogramm“ gerade für jene Kinder, die von den Lockdowns noch stärker getroffen sind als andere. Stephan Weil stört jedoch, dass diese Unterstützung nur vorübergehend sein soll. „Wir müssen sie verstetigen“, sagt er. „Damit alle Kinder ihre Fähigkeiten entfalten können.“ Genau deshalb fordert der Ministerpräsident so vehement wie der Kinderschutzbund eine Stärkung der Institutionen vor Ort sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung gegen die Armut. Dafür ist ihm lauter Applaus sicher!

Exakt diese Punkte liegen auch Oberbürgermeister **Belit Onay** am Herzen. Nachdem er auf die lange intensive Zusammenarbeit seiner Stadt mit dem DKSB Hannover und dem Kinderschutz-Zentrum als erste Anlaufstelle bei Fragen häuslicher Gewalt verwiesen hat, streicht Onay nochmal heraus: „Kinder haben ein Recht auf Teilhabe!“ Ob sie es ausüben können, dürfe nicht wie bisher so stark von den finanziellen Mitteln ihrer Familie abhängen. „Kinder haben Armut nicht gewählt – Ihr Motto trifft es genau!“, ruft der Oberbürgermeister den Delegierten zu. Auch eine Stadt wie Hannover könne die Armut trotz aller Maßnahmen nur mildern, „weil die Kindergrundsicherung immer noch fehlt!“. Auch für diese klaren Worte gibt es anhaltenden Beifall.

WICHTIGES SIGNAL NACH AUSSEN

DKSB-Präsident **Heinz Hilgers** dankt beiden Politikern für ihre Unterstützung und richtet den Blick der Anwesenden nun auf jene jungen Menschen, die während der Pandemie völlig vergessen wurden: beispielsweise Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen; die Kinder in den Förderschulen; Kinder und Jugendliche, die mit und ohne ihre Familien nach Deutschland geflüchtet sind. Und natürlich Kinder, die in Armut aufwachsen. „Sie alle sind seit März 2020 völlig unter dem Radar von Politik und Gesellschaft!“, kritisiert Hilgers und stellt direkt im Anschluss die Resolution „**Kinder haben Armut nicht gewählt**“ vor. Die Delegierten sind über diese DKSB-Kampagne zum Weltkindertag und zur Bundestagswahl 2021 gut informiert. Und ebenso kennen sie die Resolution und die darin genannten Bausteine, deren Umsetzung der Kinderschutzbund für ein Aufwachsen in sozialer Sicherheit fordert. Darüber gibt es keine Diskussion, jetzt will die Mitgliederversammlung noch im Beisein der politischen Prominenz ein Zeichen setzen. „Ich bitte ganz herzlich um Ihre Zustimmung“, sagt Heinz Hilgers – und alle Stimmzettel fliegen in die Höhe. Einstimmig angenommen! Lesen Sie zur Resolution und Kampagne auch die Seiten 26/27 in diesem Heft.

Es folgen Berichte und Einschätzungen aus dem Bundesverband. Zum Beispiel dazu, dass die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz an der nötigen Zweidrittelmehrheit gescheitert ist. Heinz Hilgers ist darüber nicht traurig: „Denn ohne Förderrechte, ohne Vorrang des Kindeswohls sowie statt Beteiligungsrechten nur 'rechtliches Gehör' für Kinder – dieser Vorschlag der Bundesregierung enthielt sowieso keine echten Kinderrechte!“ Der DKSB wird seinen Kampf für echte Kinderrechte im Grundgesetz nun fortsetzen. Und auch das Corona-Thema lässt den Ver-



Prof. Dr. Wolfgang Schroer:
„Kinder gestalten mit!“

Kevian Azimi und Lorenzo Schüller:
„Schafft Jugendräte!“



der Universität Hildesheim in seinem folgenden fachlichen Input fest. „Kinder und Jugendliche dürfen jedoch nicht nur als Opfer, sondern müssen vor allem als zentrale Mitgestaltende wahrgenommen werden. Das tut aber kaum jemand. Es ist jedoch bedeutsam, sie zu hören und an Entscheidungen über ihre Lebensbereiche zu beteiligen“, so Schroer. Das sieht auch der Jugendrat des LV Schleswig-Holstein so, der im Corona-Sommer 2020 und 2021 Jugendliche im nördlichsten Bundesland befragt hat. Zwei Mitglieder des Jugendrates, **Lorenzo Schüller** und **Kevian Azimi**, tragen der Mitgliederversammlung in Hannover Ergebnisse der Umfrage vor, zum Beispiel diese: Die Traurigkeit bei Jugendlichen in Schleswig-Holstein hat erschreckend zugenommen. Sie fühlen sich mit ihren Bedürfnissen und Sorgen von der Politik übersehen und alleingelassen. Diesen Befund bestätigen auch zahlreiche Studien. Deshalb appellieren Lorenzo und Kevian jetzt an die Delegierten: „Schafft Jugendräte und beteiligt Kinder und Jugendliche. Alle sollen sich gehört fühlen!“

PANDEMIE-ERLEBEN IM DKSB

Stellvertretend für die Praxis des Gesamtverbandes berichten anschließend Doris Möller-Espe (OV Pforzheim), Ludwig Ecker (KV Augsburg) und Dr. Hauke Duckwitz (OV Düsseldorf) von ihren Erfahrungen in den Lockdowns. Der OV Pforzheim z.B. hat seinen Garten und Hof zumindest stundenweise geöffnet und ist mit einzelnen Ratsuchenden und Kindern spazieren gegangen. In Düsseldorf herrschte Angst vor finanziellen Kürzungen bei Angeboten, zumal Mitarbeitende in Kurzarbeit geschickt werden mussten. Aber wenigstens die aufsuchende Arbeit konnte teilweise fortgesetzt werden. Im Augsburger Kinderschutzbund wiederum war der zentrale Bereich der Tagespflege komplett ausgehebelt; und auch die Familienpaten konnten nur wenige Gespräche „über den Zaun hinweg“ führen. Überall gewannen jedoch die

digitalen Kontaktwege nach innen wie außen an Bedeutung – eine Erfahrung, die von den meisten DKSB-Gliederungen geteilt wird. „Neue Normalität“ nennt der Düsseldorfer Vorsitzende diese Entwicklung, Ludwig Ecker sagt rückblickend zu den Veränderungen: „Wir sind krisenfest geworden“. Alle sind sich darüber einig, dass der Zusammenhalt und die Kreativität im DKSB durch Corona enorm gewachsen sind. Nach der folgenden Diskussion mit allen Delegierten bringt es Vize-Präsidentin **Prof. Dr. Sabine Andresen** noch einmal auf den Punkt: „Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie über einen langen Zeitraum viele Kränkungen erlitten. Sie werden übersehen und nicht beteiligt. Uns aber wird nichts davon abhalten, Beteiligung voranzubringen und auf die Rechte von Kindern zu achten!“ Dazu passt der vom Bundesvorstand eingebrachte **Zwischenruf „Rechte, Gesundheit und Schutz von Kindern endlich priorisieren“**, den die Mitgliederversammlung nun mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Der Zwischenruf stellt auf die aktuelle Corona-Situation ab und fordert im Kern: „Die Respektlosigkeit gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen in der Pandemie muss ein Ende haben.“

WEITERE BESCHLÜSSE

Im Fortgang der Mitgliederversammlung stimmen die Delegierten ohne große Diskussion der aktualisierten Satzung des Bundesverbandes zu, beauftragen den Bundesvorstand mit Anpassungsvorschlägen für die Mustersatzungen und beschließen eine Schlichtungsordnung.



Diskussion: Wollen wir ein zentrales Mitgliederverzeichnis?

Dann steht Antrag 4 auf dem Programm: eine *Grundsatzentscheidung über die Einführung eines gemeinsamen Mitgliederverzeichnisses*. Damit würden einerseits die Orts- und Kreisverbände ein wirksames Werkzeug besitzen, z.B. ihre Daten zu verwalten sowie ihre Mitglieder rasch und direkt etwa über Veranstaltungen, Aktionen oder Termine zu informieren. Andererseits würde der Bundesverband dann über wichtige Strukturdaten verfügen und auf dieser Grundlage viele seiner Aktivitäten noch passgenauer ausrichten können. Doch zur Einführung einer zentralen Mitgliederdatei hatte es schon am Vortag im entsprechenden Fachforum Meinungsvielfalt gegeben. Sie spiegelt sich jetzt auch im Plenum wider. Weil der Kinderschutzbund aber die Kultur des Hinhörens pflegt und Bedenken ernst nimmt, beschließt er mit großer Mehrheit einen guten Kompromiss: Die Grundsatzentscheidung über ein einheitliches Mitgliederverzeichnis wird erst gefällt, wenn ein Konzept für die Einführung vorliegt und von einigen Ortsverbänden freiwillig erprobt ist. Spontan melden sich gleich mehrere Gliederungen für diese Pilotphase. Mit diesem Beschluss endet die Mitgliederversammlung. Das letzte offizielle Wort gebührt Präsident Heinz Hilgers: „Ich sage danke an Sie alle für den lebendigen Austausch, danke ans Präsidium für die gelungene Sitzungsleitung – und danke an die Bundesgeschäftsstelle für die gute Organisation und Durchführung der Kinderschutztage. Wir sehen uns zur nächsten Mitgliederversammlung am 14. Mai 2022 in Schwerin wieder. Ich freue mich auf Sie!“





AUSGEZEICHNET!

In gleichem Maße, in dem sich der große Versammlungsraum in der Stadthalle Hannover leert, füllt sich ein angrenzender Saal mit den Kinderschützer*innen. Bunt gemischte Gruppen lassen sich in gebührendem Corona-Abstand an den runden Tischen nieder, um nun der **Ernennung von Ehrenmitgliedern** beizuwohnen.

Der Präsident geht ans Mikrofon: „Sie hat 1984 den OV Westkreis-Offenbach gegründet, wurde 10 Jahre später Schriftführerin im Vorstand unseres hessischen Landesverbandes und ist seit 2000 dessen Vorsitzende. Sie war lange Sprecherin der LVK und hat auch häufig unsere Mitgliederversammlungen geleitet. Vor allem aber hat sie ihre ganze Expertise in unseren Verband eingebracht, wenn es um nach Deutschland geflüchtete Familien geht. Und sie hat auch entscheidend daran mitgewirkt, dass bei einer Volksabstimmung in Hessen 89 Prozent für die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung gestimmt haben. Das wurde mit hervorragender Formulierung umgesetzt. **Verone Schöninger** – wir ernennen dich zum Ehrenmitglied des Kinderschutzbundes!“

Anschließend ruft der Präsident **Johannes Schmidt** auf die Bühne. Der Initiator des Küstenmarathons für die Kinderrechte ist seit 1993 niedersächsischer Landesvorsitzender, hat mit seinem politischen Denken und seiner zupackenden Art wesentlich zur Entwicklung des Landesverbandes beigetragen – und war zwei Jahrzehnte bis zu diesem Jahr auch Sprecher der LVK. Diese langjährige Rolle hebt Heinz Hilgers besonders hervor: „Bei der LVK hatte ich früher oft Bauchschmerzen angesichts der Atmosphäre zwischen Bund und Ländern im DKSB. Dann kamst du. Du hast mit deinen Werten und deiner Persönlichkeit das Verhältnis in Ordnung gebracht und das gegenseitige Vertrauen und die Wertschätzung bis heute geprägt – danke dafür!“



Überraschung gelungen: DKSB-Präsident Heinz Hilgers verleiht Prof. Dr. Sabine Andresen für ihre herausragenden außerverbandlichen Leistungen das Goldene Ehrenzeichen des Kinderschutzbundes

Die dritte Ehrenmitgliedschaft verleiht der Präsident **Irene Johns**. Sie engagiert sich seit 1987 im LV Schleswig-Holstein und ist dort jetzt schon fast 20 Jahre Landesvorsitzende. Ihre Handschrift ist am guten Verhältnis zu Ministerien genauso abzulesen wie an der Qualität der Arbeit des Landesverbandes. Und ebenso an ihrer Mitwirkung in wichtigen Gremien des Bundesverbandes, etwa der Strukturkommission oder aktuell dem KSA-Fachausschuss. Heinz Hilgers Worte sind voller Anerkennung. „Irene, du hast die Philosophie des DKSB mitentwickelt. Und du warst immer da, auch wenn wir Fachgespräche zu führen hatten oder wenn es darum ging, dass wir Eltern auch dann wertschätzend begegnen, wenn sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Kaum einer kann mehr mit Herz und Haltung dabei sein wie du – auch dafür mögen wir dich.“

Das ist jedoch nicht der letzte Ehrungsakt. Vielmehr schreitet der Präsident nun zur Verleihung eines **Goldene Ehrenzeichens**. Diese

höchste Auszeichnung des DKSB für herausragende außerverbandliche Leistungen wird **Prof. Dr. Sabine Andresen** zuteil. Die Frankfurter Kindheitsforscherin (und DKSB-Vizepräsidentin) ist sichtlich überrascht – und gerührt von der Laudatio, in der Heinz Hilgers vor allem ihre Verdienste als ehrenamtliche Vorsitzende der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs würdigt. „Du hast den Opfern auch in weit zurückliegenden Fällen zugehört und ihnen eine Stimme gegeben. Ich weiß, dass das für dich körperlich und seelisch belastend war – aber durch deine Arbeit hast du das Bewusstsein in Deutschland verändert. Der Staat und die Gesellschaft nehmen sexuelle Gewalt gegen Kinder nicht mehr hin“, sagt der Präsident und schließt Minuten später seine Laudatio mit den Worten: „Ich bin stolz, dass du bei uns im Kinderschutzbund bist.“ – „Ja“, bekennt Sabine Andresen und nickt, „hier bin ich beheimatet.“ ■

Swaantje Düsenberg, Redaktion

DEUTSCH-RAP von den RÄUBERS

Sie rappen über Müll in ihrem Kiez, über den Bau einer Rakete, über Bügelperlen, Corona und die Besonderheit jedes einzelnen Menschen: **Unter dem Titel HÄNDE HOCH ÜBERFALL** haben zwölf Grundschüler*innen aus Berlin-Wedding mitten im Winter-Lockdown 2021 während der Zeit der Notbetreuung ein Musikalbum aufgenommen.

*Willkommen in der Trashhood,
überall liegt Dreck rum,
bei uns in der Trashhood.
Müll soweit das Auge reicht,
kaputter Kinderwagen,
kaputte Autoreifen,
an jeder Ecke eine Matratze,
die Erwachsenen haben etwas
nicht verstanden. Dass die Stadt
im Müll versinkt,
was macht das für einen Sinn?*

Diese Zeilen stammen aus „Trashhood“. Geschrieben wurde der Song von den RÄUBERS, den Kindern einer Hortgruppe an der Erika-Mann-Grundschule in Berlin-Wedding. Hier fördert der Kinderschutzbund Berlin insgesamt knapp 500 Kids in der Ganztagsbetreuung.

Die RÄUBERS gehören zur Gruppe von Maik Wollherr. Der Erzieher vom DKSB Berlin hat gemeinsam mit den Sieben- bis Neunjährigen das Debütalbum aufgenommen und sagt:

„Also für die Kinder war der Lockdown eine mega Scheißzeit. Die waren zu Hause gefeselt. Viele hier im Wedding haben kleine Wohnungen, keinen Freiraum und werden einfach auch total wenig gehört. Umso toller war für sie durch unser Projekt das Gefühl, dass ihre Stimme etwas wert ist, dass sie mit dieser Stimme etwas bewegen und andere Kinder dazu motivieren können. Den Lockdown haben wir einfach als Chance gesehen. Durch die Notbetreuung hatten wir plötzlich eine kleinere Gruppe und konnten viel intensiver mit den Kids arbeiten. Bei so einem Projekt läuft sehr viel eins zu eins.“

Maik Wollherr macht selbst seit über 20 Jahren Musik und brachte bereits Knowhow für das Projekt mit. Das Album hat er mit den Kindern direkt im Schulhort aufgenommen, wo ein kleines Setup aufgebaut wurde. Der Raum ist groß, die Decken hoch und die Akustik eigentlich nicht die beste. Aber genau das macht HÄNDE HOCH ÜBERFALL so perfekt authentisch.

Die zehn Songs mit insgesamt knapp 30 Minuten Spielzeit tragen alle einen persönlichen Stempel, erzählen Geschichten von Kindern für Kinder. Die Kids haben sich für das Album von Alltagssituationen inspirieren lassen. Dabei ging es nicht nur um Musik, sondern das ganze Projekt hat auch unglaublich viel zur Sprachbildung und zum Ehrgeiz der Kinder beigetragen.



Maik Wollherr erzählt: „Es gab in den Songs Passagen, die haben wir 20 Mal aufgenommen. Das gehört zu so einem Prozess dazu, dass man Sachen macht, wieder verwirft, frustriert ist und trotzdem nicht aufgibt. Und wie stolz die Kids hinterher waren! Dass die Songs plötzlich auf dem Schulhof laufen und andere Kinder die Texte mitrappen. In puncto Sprachbildung haben sie in so kurzer Zeit so viel gelernt. Das zeigt auch, welche Power so ein Projekt hat. Da ging es nicht mehr nur um Reime, da haben wir zusammen so einen eigenen Anspruch entwickelt – und die Kids richtig Ehrgeiz, das hat man gesehen.“

300 Stunden Arbeit stecken in dem Projekt. Das Debütalbum ist am 18. Juni 2021 auf allen digitalen Plattformen erschienen und wurde seitdem allein auf Spotify über 30.000 Mal gehört. Mittlerweile hat die Erika-Mann-Grundschule den RÄUBERS einen eigenen Raum zur Verfügung gestellt, für weitere Projekte. Bereits jetzt arbeiten die Kids an einem neuen Album mit Halloween- und Weihnachtssongs. Weitergemacht wird, „solange die Kinder Bock darauf haben“, sagt Maik Wollherr. ■

Agnieszka Szczepanska
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Kinderschutzbund-Berlin





Kampagne zu Weltkindertag und Bundestagswahl



Aktionen der Ortsverbände Düsseldorf (linkes Bild) und Landau

ÜBERALL *sichtbar*

Der Kinderschutzbund hat zur Bundestagswahl 2021 die Kampagne „Kinder haben Armut nicht gewählt“ aufgelegt. Das Ziel: Kinderarmut sichtbar machen und auf diese Weise dafür sorgen, dass die Situation von so vielen Kindern und Jugendlichen, die in Armut aufwachsen, auf der politischen Agenda ganz oben steht. Den vorläufigen Höhepunkt bildeten die vielen bundesweiten Aktionen vor Ort zum Weltkindertag der Vereinten Nationen am 20. September 2021.

Kinderarmut ganz oben auf die politische Agenda setzen: Für dieses große Ziel sind viele verschiedene Hebel und Instrumente nötig: klare Positionen, eine gute Öffentlichkeitsarbeit, viele Unterstützer*innen und anlassbezogene Aktionen. Aber entscheidend bleibt: Um erfolgreich für das Kinderrecht auf ein Aufwachsen in sozialer Sicherheit zu werben, braucht es alle gemeinsam, den gesamten Kinderschutzbund, auf allen Ebenen!

Klare Positionen: Die Delegierten des DKSB haben der Resolution „Kinder haben Armut nicht gewählt – #KinderarmutAbwählen“ auf der Mitgliederversammlung am 4. September 2021 in Hannover ihre größtmögliche Unterstützung gegeben: Sie verabschiedeten die Resolution einstimmig! Damit stellte der Verband seiner öffentlichkeitswirksamen Kampagne konkrete politische Forderungen an eine nächste Bundesregierung zur Seite. Der Kinderschutzbund fordert in seiner Reso-

lution mehr Mut und mehr Tempo bei der Bekämpfung von Kinderarmut. Nur mit einer Gesamtstrategie kann der Kinderarmut in Deutschland wirklich begegnet werden. Die zentralen Bausteine dafür sind:

- die Neuermittlung des kindlichen Existenzminimums unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen,
- die Einführung der Kindergrundsicherung
- und ein Investitionspaket „Kinder-Infrastruktur“.

Alle drei Elemente gehören als prioritäre Vorhaben in jeden nächsten Koalitionsvertrag. Und auch das wird in der Resolution nochmal sehr deutlich betont: Bei allen Vorhaben müssen immer eine wertschätzende Haltung gegenüber allen Familien sowie Vertrauen in sie handlungsleitend sein. Familien, die in finanzieller Not sind, brauchen direkte, unbürokratische und nicht-stigmatisierende Leistungen – Geldleistungen wie auch Infrastrukturangebote. Misstrauen und Kontrolle sind dagegen

der falsche Weg. Der Kinderschutzbund wendet sich deshalb entschieden gegen die Vorurteile, die Familien in Armut oft begegnen.

Wirksame Öffentlichkeitsarbeit: Klare Positionen sind wichtig – aber wertlos, wenn sie nicht auch an den entsprechenden Stellen ankommen. Hierfür ist gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit entscheidend. Der Bundesverband versandte zum Start der Kampagne eine Pressemitteilung, in der seine zentralen Positionen klar verständlich formuliert waren: „Kinder haben Armut nicht gewählt“, „Kinderarmut muss bekämpft werden“ und „Wir brauchen eine Kindergrundsicherung“ sollten die Politik und Gesellschaft erreichen. Hierbei ist die Presse ein wichtiger Multiplikator für unsere Botschaften. Eine ähnliche Rolle haben inzwischen auch Influencer*innen in der heute digitalen Welt. So unterstützte auch Fußball-Nationalspieler Joshua Kimmich (FC Bayern München) unsere Kampagne auf seinen Kanälen in den sozialen Netzwerken und sorgte damit für eine große Reichweite dieses Themas. In der Kampagnenarbeit kann mit den sozialen Medien schnell eine große Öffentlichkeit erreicht und auf aktuelle Ereignisse reagiert werden. Gut gewählte Hashtags sorgen dafür, dass Beiträge zu einem Thema gebündelt gefunden werden können. Um die Öffentlichkeit an der Kampagne zu beteiligen, sind regelmäßige Newsletter, Informationen auf der Homepage sowie ganz viele persönliche Gespräche weitere wichtige Instrumente.

Gemeinsam mit anderen noch stärker: Neben der eigenen Kampagne hat sich der DKSB mit vielen Akteur*innen gemeinsam gegen Kinderarmut stark gemacht. Dazu gehören auch das 2009 gegründete Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG sowie die Allianz „Eine für alle – Kindergrundsicherung jetzt!“. Diese hat mit 22 Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden zu Beginn des Wahlkampfes die Kindergrundsicherung sehr deutlich mit auf die politische Agenda gesetzt. Daraufhin haben sich verschiedene Politiker*innen wie Annalena Baerbock, Olaf Scholz und Dietmar Bartsch nochmal deutlich für die Bekämpfung der Kinderarmut und eine Kindergrundsicherung ausgesprochen.

Aktionen des DKSB am Weltkindertag: Viele Orts- und Kreisverbände des Kinderschutzbundes haben sich an der Kampagne beteiligt und Aktionen zum Weltkindertag unter das Motto „Kinder haben Armut nicht gewählt“ gestellt. Hier zwei Beispiele aus dem Verband:

Der **Ortsverband Düsseldorf** sowie Vertreter*innen des **LV NRW** sprühten am Wochenende vor dem Weltkindertag mit Kreidespray und Schablone die Figur aus dem Logo des Kinderschutzbundes 1.890 Mal auf das Pflaster des Rathausplatzes. Diese Anzahl steht für die zehn Prozent der insgesamt 18.906 Kinder, die im reichen Düsseldorf in Armut leben müssen. Bei der Aktion bekam der Kinderschutzbund Unterstützung von der Lokalprominenz: Mgboji Ume, Kicker-Talent der U16 von Fortuna Düsseldorf, Daniel Fischbuch, Profi-Eishockeyspieler der Düsseldorfer EG, und Oberbürgermeister Stephan Keller grif-

fen ebenfalls zur Spraydose, um in den politischen Vorgarten des Stadtoberhauptes ein blaues Statement zu setzen. Und auch wenn der Regen die Farbe wieder weggespült hat, soll in Düsseldorf das Thema Kinderarmut auf der Agenda bleiben. Weitere Gespräche mit dem Bürgermeister und der Stadt sind geplant, um die Situation der in Armut lebenden Kinder vor Ort zu verbessern.

Auch der **Ortsverband Landau** beteiligte sich erfolgreich an der Kampagne. Am Wochenende vor der Bundestagswahl veranstaltete er auf dem Landauer Rathausplatz u.a. eine Kinderwahl. Dafür konnten die Kinder auf einem vorbereiteten Stimmzettel die ihnen wichtigsten Themen ankreuzen und auch frei benennen sowie ihre Stimmzettel in eine bereitstehende Wahlurne stecken. 125 Kinder haben abgestimmt: Die Themen Umweltschutz, Kinderarmut abschaffen und der Schutz vor Gewalt und Ausgrenzung sind ihnen am wichtigsten!

Das sind nur zwei der vielen kreativen Ideen, mit denen Orts- und Kreisverbände für das Thema Kinderarmut sensibilisiert haben. Leider können wir hier nicht alle erwähnen. Aber danke allen für den Einsatz! Auch zahlreiche Lokal- und Regionalzeitungen berichteten zum Weltkindertag über die Aktionen und Anliegen des Kinderschutzbundes.

Jetzt geht die Arbeit weiter: Der DKSB wird nun weiter für seine Forderungen werben, denn jetzt laufen die Koalitionsverhandlungen für eine mögliche neue Bundesregierung.

Wir nehmen die Parteien und Politiker*innen beim Wort, die sich im Wahlkampf für die Bekämpfung der Kinderarmut ausgesprochen haben. Unsere Forderungen sind klar: Deutschland braucht eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut mit einer Kindergrundsicherung und einem Investitionspaket „Kinder-Infrastruktur“. ■

Jana Liebert/Paula Faul, Fachreferentinnen im DKSB Bundesverband

**KINDER
HABEN
ARMUT
NICHT
GEWÄHLT**
KINDERSCHUTZBUND.DE



Olaf Scholz @OlafScholz · 20. Sep.

Regierungsvertreter*in aus Deutschland

Am **#Weltkindertag** und an allen anderen Tagen im Jahr müssen wir den Interessen der Kinder mehr Aufmerksamkeit schenken. Das bedeutet: **#Kinderrechte** im Grundgesetz verankern, eine Kindergrundsicherung einführen und das Wahlalter auf 16 absenken – junge Menschen wollen mitreden.



Annalena Baerbock

@ABaerbock

Kinderarmut ist Realität für tausende Kinder in unserem Land. **@DKSB_Bund**, **@dgb_news** und viele weitere Verbände fordern wie wir eine eigenständige Kindergrundsicherung. Die **#Union** hat sie nicht im Programm. Auch Chancengerechtigkeit ist eben wählbar.



Joshua Kimmich machte die Kampagne über seine Kanäle in den sozialen Netzwerken weiter bekannt. Auch Politiker*innen meldeten sich auf Twitter zu Wort (rechts).



Die machen Sachen!

Das Herzstück des Kinderschutzbundes ist seine praktische Arbeit vor Ort. Ohne die Initiativen und Projekte der Orts-, Kreis- und Landesverbände für Kinder und Familien wäre der DKSB nicht das, was er heute ist – nämlich *die* Lobby für Kinder! Hier einige Beispiele für das tolle Engagement.

KURZ & BÜNDIG AUS DER DKSB-PRAXIS

Voller EINSATZ



▲ **KAMPAGNE „HALT MICH“:** Mit seiner aktuellen Plakat-Kampagne wirbt der **OV Düsseldorf** bei Eltern dafür, vom ersten Tag an zu ihrem Kind eine sichere emotionale Bindung aufzubauen und über die gesamte Kindheit hinweg zu pflegen. Diese Botschaft vermitteln drei augenzwinkernde Motive der Weimarer Illustratorin Renate Alf. Der Ortsverband hat die Plakate in ganz Düsseldorf an rund 600 Einrichtungen kostenfrei verteilt, darunter u.a. Kitas und kinderärztliche Praxen. Er ermöglicht aber auch interessierten DKSB-Gliederungen, diese Kampagne selbst in ihrer Stadt durchzuführen. Dafür erhalten sie gegen einmalig 250 Euro die Nutzungsrechte sowie eine digitale Druckvorlage der drei Motive samt Logo des jeweiligen Orts- oder Kreisverbandes. Die Druckkosten sind selbst zu tragen.
 ▶ [kinderschutzbund-duesseldorf.de](https://www.kinderschutzbund-duesseldorf.de)

KOSTENLOSE SCHULSACHEN:

Erneut hat der **OV Hameln** mit seiner Aktion „Kreide-Tafel“ Kinder von alleinerziehenden Müttern und Vätern mit geringem Einkommen unterstützt. Schüler*innen, die in die erste oder fünfte Klasse eingeschult wurden, hat der Ortsverband mit Ranzen und Schul-Rucksäcken oder mit Gutscheinen für den Kauf von Unterrichtsmaterial versorgt.

▶ [kinderschutzbund-hameln.de](https://www.kinderschutzbund-hameln.de)

NEUER FERIENSPASS: Pandemiebedingt anders, aber mit gleichem Erfolg konnte der **OV Lindenberg** in diesem Jahr seinen beliebten Ferienspaß anbieten. Drei Rallyes an drei Tagen für Kinder und ihre Eltern unter den jeweiligen Mottos Natur, Stadt und Sport sorgten bei allen für Begeisterung. Die Familien hatten nicht nur viel Spaß, sondern entdeckten auch allerlei Neues, Spannendes und Wissenswertes über ihre Stadt. Das Sahnehäubchen dieser gelungenen Aktion waren die vielen vom Bürgermeister und einem Eiscafé gespendeten Eiskugeln sowie eine Verlosung von Eintrittsgutscheinen.

▶ [kinderschutzbund-lindenberg.de](https://www.kinderschutzbund-lindenberg.de)

Vorwärts DENKEN

MODERNE WEGE: Unter dem Motto „Bewegte Zeiten – Bewegte Räume“ beschreitet der **LV Sachsen** nicht nur mit seinen neuen Fortbildungsräumen neue Wege. Seine ebenfalls für Fortbildungen bewährte digitale Moodle-Plattform dient den sächsischen Orts- und Kreisverbänden jetzt zusätzlich auch als Forum, um fachliche Fragen zu diskutieren und interessante Informationen auszutauschen. Zum Start bildete die eingestellte Datei zu Schutzkonzepten im Kinderschutzbund Sachsen die erste Diskussionsgrundlage. Um Schutzkonzepte und die

Erprobung von Handlungsleitfäden ging es auch beim ersten Podcast, den der Landesverband präsentierte. Dieser Dialog mit Gästen sowie weitere Gespräche zu aktuellen Themen können auf der Homepage des LV jederzeit angehört werden (unter dem Menüpunkt Service/Podcast). Wer als Gast dabei sein möchte, kann gerne Kontakt zum LV Sachsen aufnehmen.

▶ [kinderschutzbund-sachsen.de](https://www.kinderschutzbund-sachsen.de)



▲ **„HAND IN HAND FÜR NORDDEUTSCHLAND“:** Mit dieser Benefizaktion generiert der Norddeutsche Rundfunk jeweils im Advent erhebliche Spenden. Im Jahr 2021 werden sämtliche Einnahmen an die **DKSB-Landesverbände Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg** gehen. Damit unterstützt der NDR ihre Arbeit mit Kindern, die an einschneidenden Folgen der Corona-Pandemie leiden. Stellvertretend für die ausgewählten Landesverbände bedankte sich die Landesvorsitzende Irene Johns aus Schleswig-Holstein beim NDR für seine Entscheidung: „In dieser speziellen Situation sind Hilfe und Schutz besonders wichtig.“

▶ [dksb-nds.de](https://www.dksb-nds.de)

▶ [kinderschutzbund-sh.de](https://www.kinderschutzbund-sh.de)

▶ [dksb-mv.de](https://www.dksb-mv.de)

▶ [kinderschutzbund-hamburg.de](https://www.kinderschutzbund-hamburg.de)

DIGITALER INPUT: Der LV Baden-Württemberg wurde zusammen mit anderen Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Baden-Württemberg in das ESF-Förderprogramm REACT-EU aufgenommen. Hierbei geht es darum, wie die Digitalisierung praxisnah ausgestaltet werden kann – und zwar im LV selbst sowie in seiner Kommunikation mit den Orts- und Kreisverbänden. Genau diese Fragen sollen auch auf dem kommenden digitalen Verbandstreffen der DKSB-Gliederungen in Baden-Württemberg im Mittelpunkt stehen.

Ebenfalls online lief der Kongress des Landesverbandes Mitte Oktober 2021 im Rahmen des Projektes „Kinderschutz in Baden-Württemberg“. Im Vordergrund stand dieses Mal die Frage, wie in Vereinen und Jugendverbänden Schutzkonzepte entwickelt und finanziert werden können. Landessozialminister Manne Lucha hat den Kongress eröffnet, fachlichen Input gaben DKSB-Vizepräsidentin Prof. Dr. Sabine Andresen und Prof. Dr. Jörg M. Fegert, Ärztlicher Direktor des Ulmer Universitätsklinikums für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

► kinderschutzbund-bw.de

Ausgezeichnet!



▲ **SILBERNE EHRENNADEL:** Diese Auszeichnung empfing **Friedrich Theurer**, Vorsitzender des **OV Heide**, auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des LV Schleswig-Holstein von der Landesvorsitzenden Irene Johns. In seiner fast 30-jährigen Amtszeit verstand es der Diplom-Pädagoge, seinen Ortsverband als Lobby für Kinder und Kämpfer für die Kinderrechte zu stärken. Zum Beispiel wurde der Heider DKSB als Verband städtischer Kinderbeauftragter. Er ist auch Kooperationspartner des LV-Projekts „Vertrauenshilfe“ für Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen. Seit fast 20 Jahren ist Friedrich Theurer zudem Beisitzer im Landesvorstand.

► kinderschutzbund-sh.de

► kinderschutzbund-heide.de



▲ GÜNTHER-DEGENER-PREIS:

Der LV Saarland hat erstmals seinen Günther-Deegener-Preis vergeben. Die Auszeichnung ging an die Jugendforen Homburg und Saarpfalz, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ gegründet wurden. „Für die Jury war das gemeinnützige Engagement der Jugendlichen ausschlaggebend“, sagt der DKSB-Landesvorsitzende Stefan Behr. Bei den Projekten der Jugendforen, etwa einer Graffiti Aktion oder der Unterstützung anderer Gruppen beim Herstellen von Corona-Masken, stehen immer Toleranz, Teilhabe und das Stärken demokratischen Zusammenlebens im Vordergrund.

„Günther Deegener hätte seine Freude an euch gehabt“, lobte der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans, der in Homburg den mit 2.500 Euro dotierten Preis überreichte. Auch Joachim Türk vom Bundesvorstand des DKSB war dabei.

Mit diesem Preis würdigt der LV Saarland auch den Namensstifter **Prof. Dr. Günther Deegener**. Der 2017 verstorbene Kinder- und Jugendpsychiater ist 24 Jahre Landesvorsitzender des Saarländers Kinderschutzbundes sowie ein bundesweit führender Experte für Kindeswohlgefährdung gewesen. Sein Tätigkeitsschwerpunkt rankte sich um die Arbeit mit durch Gewalt traumatisierten Kindern. Zu diesem Thema hat Deegener auch viel publiziert.

► kinderschutzbund-saarland.de

„**EIN OHR FÜR KINDER**“: Dieser Ehrenamtspreis für die Jahre 2019 und 2020 wurde in diesem September in den Räumen des **OV Köln** verliehen. Damit zeichnet die Stiftung Deutsche Kinder-, Jugend- und Elterntelefone (DKJE) jährlich drei Träger von Kinder- und Jugendtelefonen bzw. Elterntelefonen aus. Für 2019 wurde das Engagement der **Ortsverbände Neuwied, Leverkusen und Wuppertal** gewürdigt, für 2020 erhielten die **Ortsverbände Köln, Bonn sowie Saarbrücken** den Preis.

► kinderschutzbund-koeln.de

▼ KinderHabenRechtePreis:

Diese mit insgesamt 9.000 Euro dotierte Auszeichnung des LV Niedersachsen und des Landes Niedersachsen teilen sich im Jahr 2021 drei Preisträger gleichmäßig. Der **OV Papenburg** erhielt ihn für seinen langjährigen und kreativen Einsatz, die Kinderrechte bekannt zu machen. Die **Klasse 7a der Peter Ustinov Schule Hannover** empfing ihn dafür, dass sie in der Zeit des Distanzlernens aus der Beschäftigung mit den Kinderrechten heraus ein Memory-Spiel dazu entwickelt hat. Das gibt es als haptische Variante und als Onlinespiel. Der **Bund der Pfadfinder Stamm Rotmilan Bruchhausen-Vilsen** wurde ausgezeichnet, weil er in seinen eigenen Reihen mit Kindern aller Altersstufen mehr Beteiligungsmöglichkeiten erarbeitet.

► dksb-nds.de





Neunter Familienbericht



iStockphoto/Dinesh Kumar

(SPFH) sowie beim Ausbau der institutionellen frühkindlichen Bildung bzw. Ganztagsbetreuung erforderlich.

Eltern sein IN DEUTSCHLAND

2021 ist der Neunte Familienbericht der Bundesregierung erschienen. Darin legt eine unabhängige Sachverständigenkommission auftragsgemäß ihre Erkenntnisse zum Thema „Eltern sein in Deutschland“ vor und spricht Empfehlungen für das weitere politische Handeln aus. Was brauchen Mütter und Väter heute, um ihren Alltag zu meistern? Das war die Kernfrage des 700 Seiten starken Berichtes.

ERKENNTNISSE

1. „Familie“ in Deutschland ist strukturell so vielfältig wie noch nie, was mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, Lebensplanungen und -verläufen sowie Migration zu tun hat. Diese Vielfalt gelebter Elternschaft bildet sich allerdings (noch) nicht angemessen im deutschen Recht ab.

2. Elternschaft ist deutlich herausfordernder geworden, die Anforderungen an Mütter und Väter sind gestiegen. Beispielhaft abzulesen ist das am deutlich höheren zeitlichen und finanziellen Aufwand, den Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder leisten müssen. Zu dieser und anderen Veränderungen haben unter anderem der Wandel der Geschlechterrollen, komplexere Familienstrukturen und die Herausforderungen der Digitalisierung beigetragen.

Mit diesen Entwicklungen nicht mitgewachsen sind jedoch die unterstützenden Struktu-

ren, die die Familie umgeben. Das führt auch dazu, dass die soziale Ungleichheit zementiert wird. Dies setzt wiederum die Eltern zusätzlich unter Druck, denken wir nur an die Frage der Bildungschancen. So besteht die Gefahr einer „Retraditionalisierung“ der Geschlechterrollen, der Verfestigung sozialer Strukturen und der Steigerung der psychischen Belastung.

3. Besonderes Augenmerk wurde im Bericht auf Familien in besonderen Lebenslagen gelegt. Dazu gehören u.a. Familien mit geringen ökonomischen Ressourcen, Migrationshintergrund, Krankheit und Behinderung, gemeinsamer Elternschaft nach Trennung sowie Stief- und Patchworkfamilien. Überall zeigte sich die nach wie vor enorme Schräglage bezüglich der Bildungsgerechtigkeit. Gerade hier sind daher besondere Anstrengungen z.B. hinsichtlich der Familienbildung, der Prävention und Erziehungsberatung, der ambulanten Angebote der Jugendhilfe

EMPFEHLUNGEN

Die Empfehlungen der Sachverständigen an die Politik reihen sich in den bekannten Dreiklang von Geld, Zeit und Infrastruktur, wie er bereits im siebten Familienbericht (2006) angelegt war:

- Die wirtschaftliche Stabilität von Familien sichern.
- Die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sowie egalitäre Arbeitsteilung erleichtern.
- Eltern entlasten, Kinder fördern, Bildungsgerechtigkeit voranbringen.
- Verantwortungspartnerschaften stärken.
- Vielfalt respektieren und Teilhabe sichern.
- Das Recht anpassen.
- Mehr forschen, um sichere Wissensgrundlagen zu erzielen.

Das muss also endlich ganz oben auf der politischen Agenda stehen: Eltern brauchen mehr Zeit für die Familie, unbürokratische Geldtransferleistungen sowie eine gut ausgebaute Infrastruktur. Aus Sicht der Sachverständigen kann dieser Dreiklang helfen, Chancengerechtigkeit zu stärken, Mütter und Väter zu entlasten und sie zu befähigen, die bestehenden Herausforderungen zu meistern.

Nicht zum ersten Mal zeigt ein Familienbericht, dass sich die realen Lebensverhältnisse von Familien rasant verändern und die sie rahmenden rechtlichen, wirtschaftlichen und fiskalischen Regelungen sowie die institutionelle Infrastruktur von der Krippe bis zur Seniorenpflege enorm hinterherhängen. Angesichts des hohen Steuerungsbedarfs in allen die Familie betreffenden Lebensbereichen sollte eigentlich klar sein, dass sich der Staat hier keine Trägheit mehr leisten kann. Es gibt viel zu tun. ■

Martin Stahlmann, Redaktion

Kindergrundsicherung: Gehört in den Koalitionsvertrag

Das fordert die große Allianz „EINE für ALLE – Kindergrundsicherung jetzt!“ aus 22 Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften in einer gemeinsamen Erklärung seit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl. Denn: Jedes 5. Kind ist in Deutschland von Armut betroffen.

Leider ist bislang zur Beseitigung der Kinderarmut noch viel zu wenig getan worden. Die aktuellen sozial- und familienpolitischen Leistungen können Kinderarmut jedenfalls nicht ausreichend verhindern. Daher ist aus Sicht der Allianz, zu der auch der Kinderschutzbund gehört, eine große und umfassende Reform hin zu einer Kindergrundsicherung notwendig. Hinter dieser Forderung steht die Bevölkerung in Deutschland mit überwältigender Mehrheit: Nach einer repräsentativen Forsa-Umfrage halten 94 Prozent der Befragten die Bekämpfung von Kinderarmut für wichtig. Und unabhängig von der politischen Orientierung befürworten 76 Prozent der Bevölkerung die Kindergrundsicherung.

Aber wo Kindergrundsicherung draufsteht, muss auch Kindergrundsicherung drin sein – das ist wichtig! Deshalb müssen

- alle Kinder einen Rechtsanspruch darauf haben,
- viele Einzelleistungen gebündelt werden,
- die Kindergrundsicherung einkommensabhängig ausgestaltet sein,
- die Auszahlung automatisch erfolgen,
- vor Ort statt vieler Ämter nur noch eine einzige Stelle Ansprechpartner*in sein.

Nur mit einer echten Kindergrundsicherung kann Kinderarmut nachhaltig bekämpft werden! ■ jl



Repanet-Aktionstag: Delle weg für den guten Zweck!

Das Werkstatt-Netzwerk Repanet hat erneut zugunsten des Kinderschutzbundes seinen Aktionstag „Delle weg für den guten Zweck!“ durchgeführt. In diesem Jahr konnten Kundinnen und Kunden, deren Fahrzeuge leichte Schäden wie Dellen, Beulen oder Kratzer aufwiesen, rund um den 19. September 2021 eine Repanet-Werkstatt aufsuchen und ihr Gefährt dort sofort reparieren lassen. Der Erlös aus diesen Reparaturen wurde komplett an den Kinderschutzbund gespendet. „Den Kinderschutzbund mit dieser Aktion zu unterstützen ist uns eine Herzensangelegenheit“, sagte Margarita Debos, Vorstandsmitglied des Repanet Netzwerks. ■ pf



iStockphoto/KatarzynaBialasiewicz



**Der Kinderschutzbund
Bundesverband**

Herausgeber:

Vorstand des Kinderschutzbundes e.V.,
Bundesverband;
KSA-Beauftragter des Herausgebers: Joachim Türk

Verlag:

Der Kinderschutzbund, Bundesverband e.V.
Schöneberger Straße 15, 10963 Berlin
Telefon (030) 214 809-0 Fax (030) 214 809-99
E-Mail: info@dksb.de, Internet: www.kinderschutzbund.de

Redaktion: Swantje Düsenberg (verantwortlich i.S.d.P.),
Korinna Bächer, Gesa Gaedeke, Dr. Martin Stahlmann,
Joachim Türk, Paula Faul

Gestaltung und Produktion:

Schwanke-raasch visuelle kommunikation
Fabian Schwanke

Titelfoto: iStockphoto-FatCamera

Redaktionsanschrift: Redaktionsbüro Düsenberg,
Redaktion KSA, Hainholzer Str. 13, 30159 Hannover
Telefon (0511) 64 61 63 3
E-Mail: ksa-redaktion@duenberg-kontext.de

Druck: westermann DRUCK | pva, Braunschweig

Anzeigen und Vertrieb:

Der Kinderschutzbund, Bundesverband e.V.
Schöneberger Straße 15, 10963 Berlin
Abonnentenbetreuung: Marina Behrens (behrens@dksb.de)

Erscheinungsweise:

vierteljährlich
(jeweils Mitte Februar, Mai, August, November)

Alle Rechte vorbehalten © Der Kinderschutzbund,
Bundesverband e.V.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung; im Falle ihres Abdruckes kann die Redaktion Kürzungen ohne Absprache vornehmen.

Bankverbindung des Kinderschutzbundes:

Berliner Sparkasse
IBAN: DE53 1005 0000 6603 1460 60
BIC: BELADEBXXX



PRÄAMBEL DES REDAKTIONSSTATUTS

KSA – Kinderschutz aktuell ist die Zeitschrift des Kinderschutzbundes. Herausgeber ist der Bundesvorstand. Verantwortlich für die Funktion des Herausgebers ist das vom Bundesvorstand beauftragte Bundesvorstandsmitglied. Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist die Chefredakteurin/der Chefredakteur. Die Zeitschrift ist an Leitbild, Satzung und Beschlüsse der Organe des Verbandes gebunden und diesen gegenüber verpflichtet. Sie greift aktuelle gesellschaftspolitische Themen auf, welche die Arbeit des Kinderschutzbundes betreffen. KSA richtet sich an alle Interessierten und lädt diese zu einer offenen und breit angelegten Diskussion ein. Ziel ist es, den Bedürfnissen von Kindern und ihren Familien auf der Basis der UN-Kinderrechtskonvention Gehör zu verschaffen.

KINDER
HABEN
ARMUT
NICHT
GEWÄHLT

KINDERSCHUTZBUND.DE